

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugsspr. 3 M., n. Kreuzb. 4 M. viertel. Schrift. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
46. Jahrgang Hamburg, 29. Oktober 1932 Nummer 44

Fort mit der sozialen Reaktion!

Die Adelsregierung glaubt sich durch die Wahl am 6. November eine Regierungsgrundlage zu verschaffen; auf jeden Fall aber will sie ihre Lebensdauer verlängern. Sie rechnet auf die durch die wirtschaftliche Not während der Krisenjahre geweckten und von den Nationalisten bis zum Fanatismus gesteigerten reaktionären Instinkte irregulärer unpolitischer Massen und antisozialer Freibeuter. Hinter dem Regime der „grundtätig neuen Staatsführung“ steht kein Volk. Hinter ihm stehen Bajonette und ein noch wirksamer geflickter Restkapitalismus, dem auch das halbbrannte Junkertum hinzuzählen ist. Sie sind es, die Herrn Papan die seiner Ankündigung von der „Ablehr vom Wohlfahrtsstaat“ frenetisch Beifall zollten und nicht ruhten, bis die deutsche Republik zum Wohlfahrtsstaat für Junker, Industriefürsten, Haus- und Grundbesitzer und anderer Leute wurde.

Da aber die Hilfe für die „armen“ reichen Leute Milliardensummen erfordert, wurden Vorgriffe auf spätere Reichseinnahmen durch Steuergutscheine in Höhe von 2,2 Milliarden Mark vorgenommen und die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes ungeheuerlich beschnitten. Den Kapitalisten „notverordnete“ die Papan-Regierung neben dem Zweimilliardengroschen in Steuergutscheinen nach dem Recht, die Tariflöhne in ihren Betrieben zu kürzen, wenn sie Neueinstellungen vornehmen. Außerdem dürfen sie mit zu erwartendem Erfolg den Schlichter anrufen, der die Tariflöhne noch einmal senken kann, wenn der Betrieb sonst nicht konkurrenzfähig ist. Der Begehrlichkeit der Großagrarien nachgebend setzte sie ihnen ohne Rücksicht auf die Lage des einzelnen die Schuldzinsen herab und erhöhte die Zollsätze für Agrarprodukte; es kümmerte sie nicht die Verteuerung der Lebenshaltung der Massen, der sie die „Anpassung an die Armut der Nation“ empfiehlt. Sie beschwört durch ihre Handelspolitik einen unnötigen Handelskrieg herauf, wodurch das darbenende Volk immer mehr in Not gerät.

Die Papan-Regierung hat die weitgehendsten sozialreaktionären Wünsche des Unternehmertums hinsichtlich des Tarifrechts, der Arbeitslosen- und Sozialversicherung und des Wohlfahrtswesens erfüllt. Was die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen errungen, was sie durch ihre Teilnahme an der Staatsmacht in der Nachkriegszeit geschaffen und ausgebaut hat, reißt die „grundtätig neue Staatsführung“ rücksichtslos nieder. Die Unfallrenten sind um 15 % herabgesetzt worden für Anfälle, die sich zwischen dem 1. Juli 1927 und dem 31. Dezember 1931 ereignet haben; alle übrigen Unfallrenten wurden um 7 1/2 % gekürzt. Die bis zum 30. Juni 1932 bewilligten und beantragten Invalidenrenten wurden um 6 Mark, die Witwenrenten um 5 Mark und die Waisenrenten um 4 Mark monatlich herabgesetzt. Für neue Invalidenrenten ist der Jahresgrundbetrag von 168 auf 84 Mark, also auf die Hälfte gesenkt worden; Invalidenrentner erhalten dadurch monatlich 7 Mark, Witwen- und Waisenrentenempfänger in gleichem Umfang weniger. An den Angestellten- und Knappschaftsversicherungsleistungen wurden die gleichen Abstriche gemacht. Die Arbeitslosenversicherung ist ihres Versicherungscharakters entkleidet, der Rechtsanspruch auf 6 Wochen vermindert worden. Bei längerer Arbeitslosigkeit gibt es nur noch Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung, wenn die Bedürftigkeit amtlich beglaubigt wird. Viel schlimmer noch als die übrigen Arbeiter sind die Angehörigen der sogenannten Saisonberufe von dem Sozialabbau betroffen worden. Insbesondere die Bauarbeiter und die Arbeiter der Bauerngewerbe wurden dadurch geradezu bestraft.

Soweit brachten uns die glorreichen Taten der Reaktion. Die Papan-Regierung hat die Sozial- und Arbeitslosenversicherung bereits innerlich ausgehöhlt und damit die Lebenshaltung der Arbeitsunfähigen und Arbeitslosen über die Hungergrenze hinaus verschlechtert. Durch die Vorgriffe in das Tarifrecht sind weiter große Massen noch beschäftigter Arbeiter und Angestellter, die ohnehin hart an der Hungergrenze standen, vom gleichen Schicksal bedroht. Niemand weiß heute, was diese Regierung dem arbeitenden Volke noch zu bieten und zu nehmen mag.

Sie besitzt nach der Notverordnung vom 5. September 1932 die Vollmacht, jederzeit Änderungen an der Arbeitslosen- und Sozialversicherung nach ihrem Belieben vorzunehmen; ja, sie kann sie sogar nach dem Sinn der Vollmacht vollständig beseitigen.

Das ist Klassenkampf einer Regierung der unverwässerten Reaktion, deren Chef wiederholt die Rückkehr zu christlichen Grundfragen in der Staatsführung ankündigte: Milliardenengrosche für die Besitzenden ohne jede Kontrolle für die Verwendung dieser Mittel und ungeheure Not für den nichtbesitzenden

Entschloßung

Angenommen in der öffentlichen Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes am 18. Oktober 1932 in Berlin.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben,

senkt aber die Löhne und Gehälter.

Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesem Widersprechen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt.

Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet.

Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll.

Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewusst, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaukraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Teil unseres Volkes. Will sich das arbeitende Volk die mühsam errungenen sozialen Einrichtungen vollständig zerkümmern lassen? Wird sich die geistig hochstehende deutsche Arbeiterschaft auf die Dauer dem Diktat einer kleinen, dafür aber um so rücksichtsloseren Herrschaft beugen?

Das ist nach der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung ausgeschlossen. Sie, die als Schrittmacherin sozialer Erfolge beispielgebend für die Arbeiterorganisationen anderer Länder gewesen ist, muß und wird alles daransetzen, das Verlorene wieder zurückzuerobern und weiter auszubauen.

Will das deutsche Arbeitsvolk eine unfähige, durch eine reaktionäre Staatsführung gestützte Wirtschaftsordnung dulden, die sich nur erhalten kann, wenn das Volk bittere Not leidet und seine sozialen Rechte opfert? Auf diese Frage gibt es nur die einzig mögliche Antwort: Stimmabgabe am 6. November für die Sozialdemokratische Partei. Nur so kann die Reaktion geschlagen werden! Die Wirtschaft muß nach den Forderungen der freien Gewerkschaften und dem Antrage der Sozialdemokratischen Partei zur wahren Volkswirtschaft umgebaut werden. Nur dann, wenn der antikapitalistische Volkswille in der Staatsführung voll zur Geltung kommt, und der Staat die Grundfesten der Wirtschaft beherrscht, kann eine wahre, das Volkwohl fördernde Sozialpolitik betrieben werden. Der Novemberberuf im Jahre 1918 zeigte die reaktionären Gewalten hinweg und machte die Bahn frei für eine erlösende Sozialpolitik. In Euch, Kollegen, liegt es mit, ob auch in diesem Novembermonat die wiedererstarkte Reaktion endgültig geschlagen und ein neuer Markstein in der Geschichte der Sozialpolitik gesetzt wird.

Eine wichtige Lehre zum Schluß: Unsere knappe Darstellung zeigt jedem Arbeiter, wo die Ursachen für unser heutiges Elend zu suchen sind. Neben den Folgen des Weltkrieges, neben der entsetzlichen Wirtschaftskrise ist es die Verwirrung der Arbeiterschaft durch kommunistische Phrasen und nationalsozialistische Phantereien, die Wasser auf die Mühlen der Bourgeoisie, der kapitalistischen Ausbeuter leiten. Mit ihnen muß am 6. November endgültig Schluß gemacht werden. Die Eisernen Front ruft alle Gewerkschaftskollegen, alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben und auf den Stempelstellen auf, durch die Wahl der Liste 2 einen neuen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des deutschen Proletariats herbeizuführen!

Die Gewerkschaften fordern Aufhebung der Notverordnungen

Am 18. Oktober fand in Berlin eine öffentliche Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt, zu der auch der Reichskanzler von Papan eingeladen war. Er erklärte aber „geschäftlich verhindert“ zu sein. Auch der Reichsarbeitsminister erschien nicht. Ministerialdirektor Dr. Söhler, der als Vertreter der Reichsregierung erschienen war, hatte nur den Auftrag, den Reichskanzler über den Verlauf der Kundgebung zu informieren. Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, erklärte in seiner Begrüßungsansprache, daß es die Pflicht jeder Reichsregierung sei, die wegen der politischen Spannungen auseinanderstrebenden Kräfte des Volkes zusammenzufassen. Die Regierung Papan aber treibe durch ihr Reden und Handeln immer neue Reile in das Gefüge des Volkes. Deutschland brauche unbedingt Ruhe und Abkühlung der politischen Leidenschaften. Dem Reichskanzler, der in seiner Münchener Rede jene, die sich nicht hinter sein Programm stellen als Volksfeinde bezeichnete, müßten die Gewerkschaften entschieden widersprechen. Scharf müsse er auch die Anschuldigung zurückweisen, daß die Gewerkschaften mit schuld an dem geringen Ergebnis der Notverordnungen seien. Die Gewerkschaften, von deren Mitgliedern zwei Millionen arbeitslos sind, seien am meisten an der Wiederankurbelung der Wirtschaft interessiert. Der Kampf der Gewerkschaften gegen Papan sei auch ein Kampf für die Arbeitslosen.

Dann sprach Carnow über:

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften

Er führte unter anderem aus: So vielfältig die Ursachen der ungeheuerlichen ökonomischen Weltkrise auch

sind, entscheidend ist die wachsende Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, den Güterverbrauch mit der Güterproduktion im Gleichgewicht zu halten. Die Sachverständigen schätzen den bisherigen Produktionsverlust durch die Weltkrise — wahrscheinlich noch viel zu niedrig — auf 250 bis 300 Milliarden Mark. Das ist jehtmal soviel wie die gesamten Goldvorräte der Welt betragen, mehr als das Dreifache des gesamten Goldumlaufes, mehr als der Wert sämtlicher Eisenbahnen der Welt einschließlich des rollenden Materials, mehr als zehnmal soviel wie der Wert der gesamten Handelsflotte der Welt, mehr als zwölftmal soviel wie der Gesamtwert der Post- und Telegrapheneinrichtungen, die den Erdball umspannen. Der Bruttowert der deutschen industriellen Produktion ist von 84 Milliarden im Jahre 1928 auf 32 Milliarden in diesem Jahre zurückgegangen, wobei ein kleinerer Teil auf die Preisfälligkeit entfällt. Dabei ist die ausreichende Versorgung aller Menschen heute nur noch eine Frage der Organisation der Arbeit. Wir haben nicht die Illusion, als ob sie im kapitalistischen System gefunden werden könnte. Angesichts der entsetzlichen Selbstverwüstung der kapitalistischen Wirtschaft ist unsere Forderung nach einer völligen Neuordnung, nach sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaft um so dringlicher geworden. Das kann uns aber nicht der Pflicht entheben, auf dem Boden des heutigen Systems nach Verbesserungen, nach erweiterten Lebensmöglichkeiten für die Arbeiterschaft zu suchen. Für die Entfaltung einer privaten Unternehmerinitiative sind die Aussichten sehr gering. An Produktionsmitteln ist Deutschland so überfüllt, daß ein Neubedarf auf absehbare Zeit nicht vorhanden ist. Mit der Produktionsmittelherstellung waren in der Konjunkturzeit 7 bis 7½ Millionen Menschen beschäftigt. Heute steht der Produktionsbedarf für diesen Wirtschaftssektor auf 37. Ganz anders liegen die Voraussetzungen für die Konsumgüterproduktion. Die Bevölkerungszahl hat sich nicht vermindert und der Bedarf an Konsumgütern ist deswegen nicht zurückgegangen. Aber Konsumgüter können nur produziert werden, wenn sie auch gekauft werden, und die Kaufkraft für Konsumgüter ist ständig gesunken. Heute läßt es darauf an, den Konsum zu pflegen. Von diesen Erkenntnissen gingen unsere Vorschläge der Arbeitsbeschaffung aus. Da eine direkte Konsumfinanzierung unerreichbar ist, bleibt nur übrig, die fehlenden privatwirtschaftlichen Investitionsmöglichkeiten durch öffentliche Investitionen zu ersetzen. Wir haben einen Kreditbedarf von 2 Milliarden angenommen, um 1 Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man hat uns Inflationsbedenken entgegengehalten. Nach dem Plan der Reichsregierung soll jetzt eine größere Kapitalsumme im Laufe eines Jahres mobilisiert werden. Es ist für uns sehr bemerkenswert, daß das Inflationsgeschrei dagegen in gewissen Kreisen verstummt ist. Das kann nicht begründet werden mit der Veränderung der Finanzierungsmethode, nur der Verwendungszweck allerdings ist ein anderer. Wir wollten 2 Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuerföheingehente

an die Unternehmer verteilen und das ist es wohl, was manche Inflationsföhe beschwichtigt hat. Leider ist die Regierung unsern Vorschlag der direkten Arbeitsbeschaffung nicht gefolgt. Sie will die Wirtschaftsbelebung grundsätzlich über den Weg der privaten Unternehmerinitiative, ob es gelingt ist eine andere Frage. Leidenhaftlich protestieren wir gegen den Teil des Planes, der mit unerträglich Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und ihre sozialen Rechte eingreift. Der Herr Reichskanzler hat vor wenigen Tagen in der Münchener Industriellenversammlung ausgeführt: „Alles, was den Unternehmungsgeist im Lande stärkt, zur Geschäftsbelebung und zur Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes führt, ist Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes.“ Diese Formel ist zu einseitig und zu einfach, um als sozialökonomisches Gesetz gelten zu können. Wir stellen ihr eine andere These entgegen, die eigentlich auch der

Kollegen, vergeßt wegen des Wahlkampfes nicht, für Euren Verband zu werben. Wir wollen beides: politische Freiheit und Neuordnung der Wirtschaft.

konserватiven Staatsgefönnung des Herrn Reichskanzlers viel näherstehen müßte, als der von ihm vertretene ultraliberalistische Grundfag:

„Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klassen abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes.“

Die Grundlage des Planes der Reichsregierung besteht in der geschenktweisen und bedingungslosen Verteilung von 1½ Milliarden Mark Steuerföheinen an die Unternehmer. Diese 1½ Milliarden sind übrigens eine sehr fatale Größenordnung. Es ist nämlich genau der gleiche Betrag, der mit der Notverordnung vom 14. Juni aus den unteren und untersten Schichten herausgedrückt worden ist. Aber wenn die Regierung schon 1½ Milliarden an die Unternehmer verschenkt, wenn sie noch weitere 700 Millionen an Einstellungsprämien dazufügen kann, wie konnte sie auf den ungeligen Gedanken kommen, auch noch die Lohnsenkungstribute der Arbeiter mit in den Geschenkkorb zu werfen? Inzwischen ist die Unsinngkeit der Lohnsenkungsvorschriften ganz deutlich geworden. Viele Unternehmer schämen sich geradezu, von diesem Recht Gebrauch zu machen, weil sie selbst es als ein bitteres Unrecht an der Arbeiterschaft empfinden.

Die Regierung bekennt sich zur privatkapitalistischen Unternehmerrwirtschaft, sie meint, ihr Plan schaffe nach den natürlichen Gesetzen der Wirtschaft Arbeit und Wohlstand. In Wahrheit aber stellt dieses Subventionssystem die

Grundlagen der Konkurrenzwirtschaft vollständig auf den Kopf. Die Idee von Lohnzuschüssen an die Unternehmer ist nicht neu, aber sie wurde früher immer nur im Zusammenhang mit der Exportförderung genannt. Nach der weltwirtschaftlichen Lage und noch mehr nach der neueren Handelspolitik der Regierung fehlt aber jede Aussicht auf zusätzliche Exportaufträge; mit um so größerer Sicherheit werden wir zusätzliche Exportverluste zu erwarten haben. Der Wirtschaftsplan muß sich also in der binnenwirtschaftlichen Konkurrenz auswirken. Wo ist die volkswirtschaftliche Gegenleistung und ein Unternehmerrisiko, wenn die Mehrmehrmehrstellung nur durch Arbeitsföderung erreicht wird? Oder wenn den Unternehmern ohne ihr Zutun zusätzliche öffentliche Aufträge in den Schoß fallen? Oder wenn ein Unternehmer dem andern einen Auftrag abgejagt hat? Oder wenn zwei Unternehmer sich verständigen, Aufträge von einem Betrieb nach dem andern hinüberzuschleichen? Es läßt sich an vielen Beispielen nachweisen, daß die Unternehmer oftmals ein glänzendes Geschäft machen, besonders wenn die Neueingestellten niedrige Löhne erhalten.

Eine Unmöglichkeit ist der § 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tariflohn bis zu 20 % zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre das schließlich das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse, aber auch eine Groteske im kapitalistischen Konkurrenzsystem. Zu den widersinnigen Wirkungen des ganzen Planes gehört auch die Bestrafung der sozialdenkenden Unternehmer und die Prämierung der antisozialen Unternehmerrbrutalität. Wer rücksichtslos seine Arbeiter sofort auf die Straße gejagt hat, als die Aufträge knapper wurden, der hat heute alle finanziellen Vorteile des Planes für sich. Wer seine Belegschaft durchzuhalten versucht hat, wer Kurzarbeit eingeführt und auf Lager arbeiten ließ, hat in der Regel keine Möglichkeit, die Subventionen aus dem Plan in Anspruch zu nehmen.

Als mit dem Lohnabbau amtlich begonnen wurde, hat man den Arbeitern gefagt, hinterher würden auch die Preise soweit sinken, daß der Reallohn bald wieder der alte sein würde. Diesmal macht man nicht einmal den Versuch, den Zusammenhang zwischen Lohn und Preisen aufrechtzuerhalten. Daß es der Regierung ernst ist, die Preise insbesondere für landwirtschaftliche Artikel auf jeden Fall höher zu schrauben, das erkennen wir in ihrer Handelspolitik. Wenn heute fast das gesamte Einkommen der Arbeiter, außer der Miete, für die Ernährung aufgewendet werden muß, bedeutet die Verteuerung der Ernährungsstoffe eine nicht viel geringere Senkung des Reallohns.

Die Reichsregierung wird wohl selber nicht damit rechnen, daß ihre Gesamtpolitik in den Massen der Arbeitnehmersympathien genießt. Deshalb verstoßen auch wir es, wenn der Herr Reichskanzler sich darauf beschränkt, bei den andern Volksschichten um Vertrauen für seine Politik zu werben. Soviel Einsicht aber müßten wir trotzdem von der Regierung erwarten dürfen, daß sie ihre wirtschaftlichen Maßnahmen nicht noch mit überflüssigen sozialen Härten verbindet. Wozu die unnötige soziale Quälerei der Notverordnung vom 5. September? Würde diese Verordnung wieder aufgehoben, so wäre der Wirtschaftsplan nicht im geringsten gefährdet. Der wohlhabende Bürger mag sich denken, daß ein Lohnverlust von „nur“ 2 bis 3 M für den einzelnen in der Woche doch nicht gar so tragisch wäre. Für den Arbeiter aber mit 20 bis 25 M regelmäßigem Einkommen bedeutet dieser Verlust viel. Die Regierung sollte sich hüten, den Bogen zu überspannen. Die Staatsautorität kann nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn das offensündige Recht bei denen ist, die sich gegen Befehle und gegen die Staatsautorität zur Wehr setzen, weil sie es müssen. Denn es gibt ein Naturrecht, das höher steht als alles geschriebene Recht, das von keinem Staatsakt und von keiner Obrigkeit annulliert werden kann: das Naturrecht der geschundenen Kreatur gegen sinnlose Vergewaltigung. Die Regierung hat es noch in der Hand, ihren Wirtschaftsplan von den offensündigen antisozialen Fehlfunktionen zu bereinigen. Wir fordern sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

Clemens Börpel behandelte das Thema: **Der Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts.**

Die Reichsregierung hat tiefgehende Eingriffe in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragrecht vorgenommen. 1918 hat die Arbeiterschaft ihre alten Forderungen nach Demokratie und Gleichberechtigung aller Staatsbürger durchzusetzen verstanden, wie aus dem Artikel 165, Absatz 1 der Reichsverfassung hervorgeht.

Die Reichsregierung hat durch ihre Maßnahmen in Rechtsgrundlagen eingegriffen, die gleichzeitig die Grundlagen jedes Staatslebens sind. Durch die vorgenommenen Eingriffe in die Normenwirkung der Tarifverträge, durch die teilweise Beseitigung der Anknüpfungsfähigkeit ist die Vertragstreue stark erschüttert worden. Aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen halten die Gewerkschaften die Eingriffe in das Tarifrecht und in die Anknüpfungsfähigkeit nicht für rechtswirksam. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 nach unserer Auffassung auch die Kampffreiheit. Die Gewerkschaften haben an der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und an der Vertragstreue ein um so größeres Interesse, als ihre Wirksamkeit sich auf sie gründet. 20 Millionen deutsche Arbeiter, mit Familienangehörigen die Mehrheit des deutschen Volkes, halten an dieser Gleichberechtigung der Arbeiterklasse unverrückbar fest und glauben an die Vertragstreue. Wie will man von den Gewerkschaften verlangen, daß sie diesen Arbeitern Normen machen sollen und auch nur können, daß abgeschlossene Tarifverträge nicht mehr gelten sollen? Unser ganzes Staatsleben, die Zukunft des deutschen Volkes hängt an der Erhaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung

Ihr liegt nur die Wünsche der Besitzenden nahe

Ihr liegt nur die Wünsche der Besitzenden nahe

Die Regierung will an die Besitzenden Steuerföheine für mehr als 2 Milliarden Mark verteilen.

Das soll die Wirtschaft ankurbeln

Man weiß aber nicht, ob das geschenkte Geld im Lande bleibt

Zugleich wird den Unternehmern gestattet, die Tariflöhne zu unterschreiten

und die Regierung verteilt an die Unternehmer Prämien für Neueinstellungen

FINANZKASSE

Das Geld muß... (in die Tasche des Kapitalisten)... rollen

Es wird mehr produziert. Wie werden aber die Waren abgesetzt, wenn der Staat bei den Arbeitern ebensoviel wegnimmt, wie er an die Besitzenden verschenkt? Durch den neuen Lohnabbau bereitet die Regierung den Mißerfolg ihres Wirtschaftsprogramms selbst vor.

und für die heute allein die Gewerkschaften eintreten. Die Reichsregierung hat erklärt, Tarifvertrag und Schlichtungswesen sollen erhalten bleiben; aber Tarifverträge, die nicht einmal mehr Mindestlebensbedingungen gewährleisten, und ein Schlichtungswesen, das nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist, sind für die Arbeiter ohne Interesse.

Mit ihren Maßnahmen hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Damit ist aber zwangsläufig die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens selbst in Frage gestellt. Denn, daß man aus 20 Millionen deutschen Arbeitern Sklaven machen kann, ist ein Irrglaube, dem sich auch die gegenwärtige Reichsregierung nicht hingeben sollte. Neuerdings finden innerhalb der Reichsregierung auch Erörterungen darüber statt, ob man nicht etwa für alle öffentlichen Verwaltungen und Betriebe die Maßregelungsvorschriften des § 84 Absatz 1 Ziffer 4 des BZG. vorübergehend aufheben könne. Alles Recht der Arbeiter soll beseitigt werden. Der Arbeiter wird Objekt im Staatsleben. Die Gewerkschaften wollen aber nicht an die Stelle des Rechts die reine Fürsorge treten lassen. Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften kämpfen für die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts. Sie stehen in diesem Kampf so gut wie allein, sie sind nur auf ihre eigene Kraft angewiesen. Deshalb ist Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig oberstes Gesetz.

Der Vorsitzende des ALV-Bundes, Aufhäuser, brachte eine Entschließung zur Abstimmung, die wir an anderer Stelle wiedergeben. Mit zündenden Worten, in denen er das Ergebnis der Rundgebung zusammenfaßte und sich vor allem an die noch fernstehenden Arbeiter und Angestellten wandte, den Weg zur Organisation zu finden, fand die Rundgebung ihren Abschluß.

Kollege — wo bleibst du?

Die Not ist uns nichts Fremdes. Wir wurden in sie hineingeboren, für viele von uns bedeutete sie etwas Selbstverständliches, etwas, das man hinnehmen, mit dem man sich abfinden muß. Wir kannten das Leben nicht anders.

Es kamen stürmbewegte Zeiten, Krieg, Inflation, ungeheure Arbeitslosigkeit. Das Leben stellte uns vor Fragen, mit denen wir uns keine kommen mußten, 6 Millionen Arbeitslose, darunter 1 Million Jugend. Not und Elend, wohin man schaut. Wie lange noch, und auch wir werden das Los der 6 Millionen teilen. Diese Jahre haben uns reif gemacht.

Als halbe Kinder wurden wir in die Fabrik gezwungen beziehungsweise in eine Lehre getan. Was wußten wir von dem jahrzehntelangen Kampf der organisierten Arbeiterschaft und ihren Erfolgen, was davon, daß erst durch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften die ersten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiter geschaffen wurden? Vorbekanntlos und nüchtern nahmen wir alles als etwas Gegebenes. Manches von den Erfolgen mußte jetzt in der Krise wieder aufgegeben werden, und erst da wußten wir zu schätzen, was wir besaßen.

So wurden uns langsam die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge klar, so erkannten wir die Ursachen unserer Not, den Widersinn der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Jeder einzelne von uns lebt ein Leben voller Pein und Entfremdung, und doch tragen wir alle zusammen das gleiche Los.

Erbitterung und Haß wuchsen in uns. Wir wollen nicht ewig Knecht sein. Wir Jungen haben noch ein Leben vor uns. Wir wollen Entwicklungsmöglichkeiten. Es wächst unser Glaube an die Gewerkschaft.

Es wächst aber auch unsere Kraft. Schon gehören zu dem Viermillionenheer der freien Gewerkschaften hunderttausende Lehrlinge und junge Arbeiter. Jugend, die nicht nur die Erkenntnis hat, daß dieses kapitalistische Wirtschaftssystem verschwinden muß, sondern die auch mit Energie und Eifer sich an der Gestaltung eines neuen, eines sozialistischen Wirtschaftssystems betätigen will.

Noch viele von denen, die zu uns gehören, stehen abseits. Sie müssen gewonnen werden. Wir Jungen sind durchdrungen vom gewerkschaftlichen Gedanken und von dem Wissen, daß Zusammenschluß der Arbeiter nie notwendiger war als heute, in Zeiten größter Not und stärkster Reaktion. Wir wollen diese Erkenntnis hineinbringen in die Fabriken und Werkstätten, in Schulen und Stempelstellen. Freudig erfüllen wir unsere Pflicht. Ja — wir wollen und müssen Werber sein — Werber für ein besseres Morgen.

Und, Kollege — wo bleibst du?

Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftskollegen, helft uns. Es muß selbstverständlich werden, daß alles Jungvolk gewerkschaftlich organisiert ist. Je besser bereits die jungen Kollegen in der Gewerkschaft organisiert sind und in den Jugendabteilungen mit der Bewegung vertraut werden, um so besser für unsere Bewegung. F. K.

Gewerkschaftskampf in der Krise

Im Kampf um den neuen Reichstag werden von Demagogen aller politischen Schattierungen die schärfsten und verlogenen Angriffe gegen die Gewerkschaften gerichtet. Die Gewerkschaften, die „Bonzen“, sollen an all dem Elend, das unser Volk in den Nachkriegsjahren betroffen hat, schuld sein. Während von den Rechtsparteien gegen die Gewerkschaften der Vorwurf erhoben wird, den Niedergang der deutschen Wirtschaft durch eine überhöhte Lohn- und Sozialpolitik herbeigeführt zu haben, sind es besonders die Kommunisten, die behaupten, die freien Gewerkschaften hätten nichts geleistet und im Abwehrkampf gegen die vordringende Reaktion vollständig versagt. Der Abbau der Löhne und der Leistungen der Sozialversicherung, sagen sie, hätte reflexlos verhindert werden können, wenn es den Führern der freien Gewerkschaften nicht am guten Willen gefehlt hätte.

Wie sieht die Wahrheit aus?

Nach den Feststellungen des ADGB, hatten seine Verbände Ende 1930 für 9,8 Millionen Arbeitskräfte 11 283

und 1931 für 8,4 Millionen Arbeitskräfte 11 713 Tarifverträge abgeschlossen.

Zur Verbesserung, Erhaltung oder Abwehr von geplanten Verschlechterungen der in diesen Verträgen geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen mußten die Gewerkschaften in den Jahren 1930 und 1931 15 298 Kämpfe führen, an denen 22,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren.

Diese Bewegungen hatten folgende Ergebnisse: es wurde erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit für 364 901 Personen um 1 018 398 Stunden pro Woche, für 452 588 Personen im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 1,70 M pro Woche; für 1 959 763 Personen eine Verbesserung sonstiger Arbeitsbedingungen.

In vielen Betrieben war es möglich, die von den Unternehmern beantragten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abzuwehren. So wurde für 435 548 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit von insgesamt 1 421 053 Stunden pro Woche abgewehrt. Die abgewehrte Lohn-

entgegenzutreten, wenn jeder einzelne Arbeiter die Laubbildung und Gleichgültigkeit absetzender Kollegen durch seine Ueberzeugungskraft und seinen Kampfeswillen überwinden hilft.

Ein beachtlicher Beitrag zur Frage der Gesundung der Gewerbe

Daß die gute Ausbildung des Nachwuchses für viele Gewerbe, besonders die qualifizierten handwerklichen, u. a. eine Lebensfrage ist, ist allseitig anerkannt. Nicht immer aber werden die notwendigen Konsequenzen gezogen, oder es bleibt bei Halbsheiten. So ist erwiesen, daß das gewissermaßen heilige Recht jedes Handwerksmeisters, einen Lehrling halten zu dürfen, ein großer konstruktiver Mangel ist, an dem auch das Maler- und Lackierergewerbe leidet. Um so beachtlicher ist, was in einem Aufsatz in der angesehenen Zeitschrift „Jugend und Beruf“, Heft 6, „Zur Eingliederung des Nachwuchses in das Berufsleben“, Regierungsrat Dr. Werner List, Frankfurt am Main, vom Standpunkt der Berufsbekämpfung u. a. ausführt:

„... Die Bestrebungen der öffentlichen Berufsberatung müssen dahin gehen, von den korporativ zusammengeschlossenen Lehrherren die ausschließliche Uebertragung der Zuweisung, mindestens aber die Begutachtung von Lehrlingen zu erreichen. Es ist dazu zweckmäßig, Angehörige der Verbände für die Lehrstellenvermittlung einzuschalten, um durch die beratende Arbeit der über die Qualität der Lehrmeister unterrichteten Vertrauensleute der Verbände zu erreichen, daß der durch das Formalrecht gegebene Kreis der zur Lehrlingshaltung Berechtigten eingeschränkt wird. Es kann erreicht werden, daß die Betriebe ausgeschaltet werden, die nach der Art ihres Betriebes oder nach ihrer Person keine Gewähr für die Heranbildung eines tüchtigen fachlichen Nachwuchses gewähren. Die Entscheidung über die Ausnahmefähigkeit der einzelnen Berufe für den Nachwuchs, soweit er der normativen Regelung des Tarifvertrages oder der Korporationen, Innung, Handwerkskammer, Ministerium unterliegt, ist nicht Aufgabe der öffentlichen Berufsberatung, sondern der wirtschaftlichen Berufsverbände. Immerhin wird eine gut geleitete Berufsberatungsstelle, die planmäßig Arbeitsmarktbeobachtung treibt, in der Lage sein, in Verbindung mit der Arbeitsvermittlung, den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften sich ein einigermaßen zuverlässiges Bild über die Ausnahmefähigkeit der Berufe zu machen...“

Das sind Gedanken und Vorschläge, die zu allermindest Beachtung und Durchdenkung seitens der wirtschaftlichen Verbände verdienen. Die Lage ist so, daß an solchen Vorschlägen nicht vorübergegangen werden kann. Man muß abwarten, wie sich die für das Gedeihen ihrer Gewerbe auch Verantwortlichen, die Arbeitgeberverbände, dazu stellen werden. Auch die in unserem Gewerbe! Es zeigt sich, daß das oben behauptete Problem so wichtig und drängend ist, daß sich verantwortlich fühlende Kreise mehr und mehr mit beachtlichem Ernst damit beschäftigen.

Sorgt für die regelmäßige acht tägige Verbreitung des „Maler“. Nur wer seine Vorbereitungszeit fleißig liest, ist ein aufgeklärter Streiter für die Organisation.

kürzung betrug im Durchschnitt pro Woche 4 M für 8 922 254 Personen. Die Verschlechterung sonstiger Arbeitsbedingungen konnte für 1 317 512 Personen verhindert werden.

Im Kampf mit dem Unternehmertum kam es bei diesen Bewegungen in 16 091 Betrieben mit 430 077 Beteiligten zur Arbeitseinstellung. An Kosten verursachten die Bewegungen insgesamt 17,7 Millionen Mark, die Streiks und Aussperrungen allein 15,1 Millionen Mark.

Das ist die Wahrheit über die lohnpolitische Tätigkeit der freien Gewerkschaften in den letzten Jahren. Diese Erfolge, die inmitten der schwersten Krise des letzten Jahrhunderts unter denkbar ungünstigen politischen Machtverhältnissen erreicht wurden, widerlegen die Lüge, daß die Gewerkschaften „versagt“ haben — ganz abgesehen davon, daß, wenn überhaupt Maßnahmen zur positiven Ueberwindung der Krise, das heißt zur Arbeitsbeschaffung in Angriff genommen worden sind, es ihrer Initiative, ihrem unermüdbaren Drängen zu danken ist. Den Angriffen des Unternehmertums und der von ihnen beeinflussten Reichsregierung hätte freilich viel mehr Widerstand entgegen gesetzt werden können, wenn alle Arbeiter in den Gewerkschaften vereinigt wären. Das ist nicht der Fall. Ein großer Teil der Arbeiterschaft steht den gewerkschaftlichen Kämpfen noch teilnahmslos gegenüber. Diesen Klassen-Genossen, die zögern, in die Reihen der Kämpfenden einzutreten, kann nicht oft genug gesagt werden, daß die Arbeiterklasse ihre Interessen nur erfolgreich vertreten kann, wenn die Arbeiter sich in den Gewerkschaften zusammenschließen, wenn sie jeder Zersplitterung der wirtschaftlichen wie der politischen Stützkräfte der Arbeiterschaft energisch

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften

ADGB AFA-BUND

- In Deutschland sind über 7 Millionen Arbeitswillige ohne Beschäftigung**
- Der Ausfall an Kaufkraft der Arbeitslosen vermindert den Absatz des Handels ...**
- Mit dem Aufwand von 2 Milliarden Mark müssen 1 Million Menschen mit zusätzlichen nützlichen öffentlichen Aufträgen beschäftigt werden**
- und läßt die Fabriken ohne Aufträge**
- Es entsteht eine zusätzliche Kaufkraft**
- Die Fabriken erhalten mehr Aufträge**
- Neue Arbeitskräfte werden eingestellt**
- Die neu geschaffenen Werte verbleiben dem Staat. Arbeitslosen-Unterstützung wird gespart. Die Steuer-Einnahmen steigen. Die Kosten für die Arbeitsbeschaffung werden somit zum größten Teil gedeckt.**

Unterhaltung Wissen

Schreckenkammern des Ungeschmacks

Eine altbekannte Redensart sagt, daß sich über den Geschmack streiten ließe. Ueber Geschmacklosigkeiten jedoch, wie sie uns zum Beispiel als kunstgewerbliche und Gebrauchsgegenstände auf Schritt und Tritt begegnen, sollte es nur ein Wort der Abrechnung und Verurteilung geben. Immer wieder sollte versucht werden, die allzu bequemen Ausreden von der subjektiven Freiheit in Geschmackfragen als das zu charakterisieren, was sie in Wirklichkeit sind: nämlich die verderbliche Wirkung einer Geschmacksverfälschung und -verirrung, einer ästhetischen Barbarei, die eine gesinnungslose Industrie auf dem Gewissen hat. Dieser gewerbmäßig geförderten und betriebenen Verelendung in Geschmackfragen zu begegnen, haben sich in erster Linie Körperschaften und Vereine, wie der Dürer-Bund, der Deutsche Werkbund, die Amtsstelle des Reichskunstwart's und die kunstgewerblichen Sammlungen zur Aufgabe gemacht. Im Mittelpunkt der Erziehungsarbeit der staatlichen und städtischen Sammlungen stehen neben den praktisch-ästhetischen Aufgaben, wie sie als Anregung für gewerbliche Kreise zu erfüllen haben, die Bemühungen, das Empfinden für ästhetische und funktionelle Qualitätswerte zu entwickeln und heranzubilden. Das wirksamste Mittel scheint dabei in der Schaustellung von Beispiel und Gegenbeispiel zu liegen, wie sie zum Beispiel im Stuttgarter Landesgewerbemuseum unter der vorbildlichen Leitung von Dr. Gustav E. Pajazurek, einem der erfolgreichsten Geschmacksxpioniere, begonnen wurden. Die 1909 von Pajazurek unter dem Webegeheil der Hausgreuel- und Ritzschindustrie ins Leben gerufene Abteilung für Geschmacksentgleisungen im Kunstgewerbe ist als weltberühmt gewordenenes sogenanntes Ritzschmuseum eine Schreckenkammer des Ungeschmacks. Hiermit ist zum ersten Male der Versuch unternommen worden, eine Ausstellung kunstgewerblicher Verbrechen und Verirrungen in besonderen Kabinettten zu zeigen. Eine von Pajazurek ausgebildete Systematik der pädagogischen und technischen Organisation der Ausstellungsprojekte umfaßt und ordnet die Anzahl der Beispiele, die als Verfehlungen gegen Material, Technik, Zweck- und Kunstform anzusehen sind.

Kein Kunst- und Gebrauchsgegenstand ist vor der Soltwut magenkranker „Künstler“, der Geschmack verderbenden Massenfabrikation und der irreführenden Spielerei der Dilettanten sicher. Nahrungsmittelfälschungen werden gesehlich geahndet, „Vergiftungen des guten Geschmacks“ gehen straflos aus. Die Verwendung schlechten Materials, sinnlose Materialverbindungen, Materialatrappen, technische Surrogate, Farbenübergrieffe, Stillierungsorgien, zweckwidrige Konstruktionen, Dekorbrutalitäten und Schmuck- und Ornamentbedürfnisse machen tausend Gegenstände unseres täglichen Lebens zu geschmacklos und un sinnigen Lächerlichkeiten. In der Erfindung immer krasserer Gebrauchs- und Kunstgreuel ist die Phantasie spekulativer Fabrikanten und Dilettanten der sogenannten „Liebhaberkünste“ unerschöpflich: Silber aus Fischschuppen, galvanisch verkupferte Erstlings- und Brautgeschuhe als Briefbeschwerer, Kleiderchränke aus Zigarettschachteln, Uhrketten aus Hundehaaren, Birkenstammchen als Zyndergläser, Sigmöbel aus Geweihen, eingefasste Milchzähne als Broschen, Harnische als Dosen, künstliche Saffsteingrotten, Petroleumlampen als Litförlaschen und vieles andere. Was wie Holz aussieht, ist gar kein Holz, sondern Gips, Fassaden sind aus Blech, Stearin soll Viskuitporzellan, emailliertes Eisenblech Fabence, gepreßte Sägespäne Holzschntzereien vortäuschen. Dazu kommen noch die ferienweise hergestellten Erzeugnisse der besonders übel anzumerkenden Kriegserinnerungsindustrie, des Aktualitätenfisches, die Scheußlichkeit der Fremdenandenken, die verderbliche Wirkung der schlechtesten Reklame und der traditionellen, fast immer mit allegorischen und „heroischen“ Märschen aufgeäumten Vereins- und Studenten„kunst“.

Schönheit der Form und des Materials, Zweckmäßigkeit und Materialechtheit sind Auszeichnungen eines guten Gebrauchs- und Kunstgegenstandes. Vom Vereinsabzeichen bis zur Kaffeetasse sollte man nur solche Gegenstände um sich dulden, die das Leben nicht durch ihre Häßlichkeit vergiften oder durch ihre un sinnige Konstruktion zum Sklaven ihrer Zweckwidrigkeit machen. Wir haben alle Mühe, uns aus den Verwilderungen einer Astertkunst, aus den sentimentalen und traditionellen Rücksichtnahmen zu befreien. Das beste Mittel ist Selbsterziehung, Boykott des Ritzschgewerbes, Boykott des schlechten Geschmacks in uns selbst.

Das Stuttgarter Ritzschmuseum, das jetzt in Gefahr ist, aufgelöst zu werden, muß dem deutschen Volke erhalten bleiben. R. G. O.

Wie das Fell sie nennt

Eine Sammlung lustiger Berufsbezeichnungen. Der Ausstreicher ist ein Pinjelquäler oder Maustbeglucker, der Advokat ein Krawattenmacher oder Ferkelstecher, der Arzt der Knochenstecher oder Pfasterstecher, eine besondere Gattung von Ärzten sind Fleischbeschauer, der Apotheker ist ein Pillendreher oder auch Probiervater.

Der Bäcker ist der Rumbelbreiter oder Gottesgabendrecker, der Bohrer der Krana- und Schiefbohrer, der Bergmann ein Knolpe, Kohlwurm oder Kumpel, der Federhauer der Schwarzfäupler, Oräckerberger oder Federhauer, der Brauer ein Elementfärber.

Der Chauffeur ist ein Benzinkutscher oder eine Chauffeewanze.

Der Dachbeder ist ein Dachhase, der Dentist ein Zahntkempner, der Depeschbote ein Zitronenreiter, der Dichter ein Hungerkünstler.

Der Elektriker ist der Strippenzieher, Bindfadenzieher, Dachhase oder Elektrobeder, der Eisenbahner der Defizitbruder oder Wagenschieber.

Der Flieger ist ein Luftchauffeur, der Friseur der Schnutenfeger, Gesichtsgärtner, Schaumschläger oder Fragenschinder.

Der Gärtner ist der Gemüseschlosser, der Gleisreiniger der Ritzschschieber, der Geiger ein Stripper.

Die Hausangestellte ist die Dienstpriße, der Dienstkater ober der Dienstholzen, der Heilsarmeeoldat der

Stenotypistin die Tippmamsell oder Tippeuse, der Schreiber ein Tintenfaß, Stehtragenprolet oder Federhalterstimmer, der Steinbruder ein Paser, der Schiffszimmermann ein Klumpenhauer, der Schuster ein Pechfint, der Schlosser ein Razenkopp.

Der Trompeter ist der Grünspanspucker, Blechspucker oder Blechpuffer, der Telegraphenarbeiter ein Strippenzieher, die Telephonistin eine Klingelfee, der Tischendel ein Portemonnaieschlosser, der Totengräber ein Kopftrampler, der Eisler ein Holzwurm.

Der Verbrecher ist ein Galgenvogel, der Verkäufer ein Ladenschwengel oder (im besonderen Fall) ein Ellenreiter, der Vorarbeiter der Schieber.

Der Wirt ist ein Kranführer, die Waschfrau die Chlortante.

Der Zahnarzt endlich ist ein Schnauzenmaurer oder Maulmonteur.

Erich Grisar.

Im Dritten Reich

Sie schreien wieder voller Grimmen:
Gebt uns die Macht und Eure Stimmen;
Versprechen dies, versprechen das;
Das Dritte Reich und sonst noch was.
Doch was sie alles machen wollen,
An Stechen, Schießen, Köpfe rollen,
Wird nicht gesagt. Wer nicht pariert,
Wird fusiliert.

Man wird dann auf ein Menschenleben
So viel wie gar nichts mehr dald geben;
Man stellt dann mit dem Schießgewehr
Die soziale Ordnung her.
Und wer dann nicht zufrieden ist,
Hat bald sein Leben eingebüßt;
Wer dann noch einen Ton riskiert,
Wird fusiliert.

Dann ist es mit der Streikerei
Auch ein für allemal vorbei;
Dann werden alle Streitgenossen
Summarisch kurzerhand erschossen.
Wer nicht zu schufsten ist gewillt
Zehn Stunden lang, wird abgekillt;
Und wer dagegen protestiert,
Wird fusiliert.

Liebt einer gar ein Judenmädcl,
Der kriegt „ne Kugel durch den Schädel.
Wer nicht zum Gruß erhebt die Flossen,
Wenn Hitler naht, der wird erschaffen.
Wer Auslandsware konsumiert,
Wer Dänen-Fett aufs Brot sich schmiert,
Wer mit dem Lippenstift sich ziert,
Wird fusiliert.

Wer noch auf Marx und Lenin schwört,
Hat bald zu leben aufgehört.
Wer verbohne Gedanken hegt,
Wird abgeholt und umgelegt.
Wer nicht gehorsamt respektiert
Die Nazi-Herr'n, wer revoltiert,
Wer etwa and'res propagiert,
Wird fusiliert.

So also wird's in Wirklichkeit
Mal ausseh'n dann im Dritten Reich.
Ein Riesenkirchhof, weit und breit,
Das ist die Naziherrlichkeit.
Wer also hierauf fest sein Hoffen,
Der hat's verdient, das sag ich offen,
Dass, wenn er dafür agitiert,
Wird fusiliert.

Edmund Böttcher, Hamburg.

Himmelsoldat, seine weibliche Kollegin ein Hallelujamädchen, der Hilfsschullehrer ein Schwachstromingenieur.

Der Holierer ist ein Maßschneider.

Der Kaufmann ist ein Laufmann, Heringsbändiger oder Stinkenleber, der Klempner ein Blechschuster oder ein Sonnenschmied, der Kupferschmied ein Grünspangefelle, der Kurzwarenhändler auf dem Markt der billige Jakob, der Krankenwärter der Pöppottschwenker, der Kriminalbeamte der Schmiermann, der Koch ein Küchenballe.

Der Landmesser ist der Klutenstrampler oder Rabattentreter, der Lehrer der Steifstromler, der Lokomotivführer ein Lohvogel, der Lithograph ein Schuster, der Lehrhauer ein Püttologe, der Lumpensammler ein Klüngelkerl.

Der Montagearbeiter ist ein Klammhakenmonteur, der Maurer eine Mürtrade, ein Fugenschmierer, ein Nägelkauer oder eine Kalkschwalbe, der Maschinenbauer ist ein Maschinenverjauer, der Meister der Alte, der Matrose ein Kuli, der Metzger der Raskoff oder Darmstreicher.

Die Näherin ist ein Nähböschchen, der Rietenwärmer ein Rietenholz.

Der Optiker ist ein Brillenslicker.
Der Rechtskonsulent ist ein Winkeladvokat oder Ferkelstecher, der Reisende der Chauffeereferendar ober Klinikpuffer, der Rennfahrer ein Pedaltrigler, Räderfahrer oder Anhänger.

Der Seger ist ein Typenfänger.
Der Stiefelpuzer ist ein Absatzpolierer, der Straßenfeger ein Straßentigler oder Kürtelfeger, der Sattler ein Speckschwarzenmonteur oder Riemenschneider, die

Ist die Arbeiterschaft dumm?

Nach der Ansicht der Nazis ist das Volk dumm. Stadtschulrat Dr. Hartnack, dieser herrliche „nationale“ Mensch, hat es wiederholt mit großer Befriedigung festgestellt, und vergnügt berichtete es der Wölflische Beobachter, das Hauptnaziblatt in München.

Eine große Rolle spielen bei Hartnack immer die Sitzengebliebenen. Die sollen nämlich bei der Arbeiterschaft besonders zahlreich sein. Und daher eben diese Dummheit der Arbeiter.

Spielen aber etwa, wenn man die Kinder der Arbeiter mit den Kindern wohlhabender Bürger vergleicht, die sozialen Verhältnisse eine Rolle? Das Einkommen? Die Wohnung? Ach was! So kompliziert macht sich ein Mann wie Hartnack die Sache nicht.

Aber wenn ernste, wahrhaft wissenschaftliche Menschen, die eben wirklich die Wahrheit wollen, die Sache untersuchen, dann ist das Ergebnis anders.

So haben Vergleiche bewiesen, daß unter 100 Kindern in der Gruppe der Wohlhabenden nur 10 wegen Krankheit und Körperschwäche sitzenbleiben mußten, aber in der Gruppe der Arbeiter 22. Die ungünstigeren Lebensbedingungen der tieferen sozialen Schichten bewirken zwangsläufig häufigere Erkrankung, im Krankheitsfalle längeres Siechtum, und in der Folge davon häufigere Unterbrechung des Schulbesuchs, Zurückbleiben damit der geistigen Entwicklung.

Dumm sind damit nicht die Arbeiter. Die sind nur in Not. Dumm sind nur die, die so oberflächlich urteilen.

Ausgaben für Alkohol und Tabak

Die Ausgaben für Alkohol und Tabak sind bedeutend. Durch die Krise wurde aber auch hier eine Verringerung erzwungen. Es ist aufschlußreich, die Ausgaben je Kopf der Bevölkerung an Alkohol und Tabak verschiedener Großstaaten miteinander zu vergleichen. In der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird über Deutschland, Frankreich und Großbritannien berichtet. Im Rechnungsjahr 1930/31 wurden je Kopf der Bevölkerung verbraucht an Branntwein (in Litern) in Deutschland 0,74, in Frankreich 2,95 und in Großbritannien 0,66. Der Branntweinkonsum ist in Deutschland seit den Jahren 1926 bis 1929 etwa auf die Hälfte gesunken. In Frankreich und England hat sich der Verbrauch wenig geändert. Der Branntweinverbrauch in Deutschland und England ist ziemlich gleich. Frankreich übertrifft diese beiden Länder um das Vierfache. Der Bierkonsum gestaltete sich im Rechnungsjahr 1930/31 folgendermaßen: Deutschland 73,3, Frankreich 35,8 und Großbritannien 69,8 l. In Deutschland wird die doppelte Menge an Bier verzehrt wie in Frankreich. Dagegen weisen England und Deutschland eine gewisse Übereinstimmung auf. Der Weinverbrauch betrug je Kopf und Liter in Deutschland 0,95, in Frankreich 121,1 und in England 1,3. Der gewaltige Mehrverbrauch an Wein in Frankreich fällt sofort in die Augen. Frankreich dürfte das weinseitigste Land der ganzen Welt sein. Im Verbrauch an Tabakfabrikaten sind so hohe Unterschiede nicht wahrzunehmen. Im Rechnungsjahr 1930/31 betrug der Konsum an Rohtabak in Deutschland 1,90, in Frankreich 1,47 und in England 1,53 kg. In Deutschland ist der Kopfverbrauch um rund 25 % höher als derjenige in Frankreich und Großbritannien.

Die rote Tapete

Die Geschichte ereignete sich in einer großen, sächsischen Industriestadt. Ein Maler erhielt den Auftrag, ein Zimmer zu renovieren. Es war eine kleine Wohnung in einer engen Gasse. Die Wände sollten mit einer roten Tapete tapeziert werden. Der Mann hatte sich diese ausgesucht. „Wie finden Sie diese Tapete?“ fragte er den Maler. „O, sehr nett“, sagte dieser. Die Maler finden bekanntlich alle Tapeten sehr nett. Warum auch nicht, wenn sie dem Auftraggeber gefallen. Als die Tapete am andern Tage eingeklebt werden sollte, wunderte sich der Maler, statt einer roten eine grüne Tapete vorzufinden. Erstaunt fragte er den biederen Spießbürger nach der Ursache der Farbenwandlung. Hatte er doch Rede und Rüge nach der roten Tapete abgetönt. Da beugte sich der Spießer zu dem Maler hin und stüstert ihm ins Ohr: „Na, die genna mir nicht nähm, mei Fra hat gesaacht, wenn mir die nähm, denn wenn die Leit saachen, mir sein och welche vun die Sozialerjeb.“

E. B.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Verteidigt das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft!

Ohne die Arbeiterkoalitionen würde die Arbeiterklasse bei der modernen Warenproduktion auf das denkbar tiefste Niveau der Lebenshaltung und geistigen Entwicklung herabgedrückt und ein Zustand geschaffen werden, der eine Gefahr für die deutsche Kultur darstellt. Karl Legien.

Das Recht der freien Vereinigung, das unter schweren Opfern erkämpfte wichtigste Grundrecht für den Zusammenschluß aller abhängigen Lohnarbeiter ist in Gefahr. Am Wahltage müssen sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen entscheiden, ob die Pläne der Unternehmer, die auf eine Vernichtung der Gewerkschaften oder zumindest auf die Zerstörung ihrer Existenzbasis abzielen, in Erfüllung gehen sollen. Denkt daran, daß bis zum November 1918 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten, insbesondere denen in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, im Verkehrsgewerbe, in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft, nicht erlaubt war, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das Recht der freien Vereinigung für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, vornehmlich der Lehrlinge, ist eine Errungenschaft, die erst die Staatsumwälzung 1918 ihnen gebracht hat. Ausgestattet mit diesem Recht hat die Arbeiterklasse erreicht, daß die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der Unternehmer erschüttert und das einseitige Herrenrecht der Arbeitgeber innerhalb der Betriebe beseitigt wurde. Ohne das in Artikel 159 der Reichsverfassung von Weimar garantierte freie Vereinigungsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten gäbe es kein kollektives und kein soziales Arbeitsrecht. Ohne die in den Gewerkschaften organisierte Macht wäre dieses Recht niemals entstanden und die deutsche Arbeiterklasse wäre nach wie vor der Willkür der Unternehmer rettungslos ausgeliefert.

Gewaltige Opfer haben die Arbeiter bringen müssen, bevor die Gewerkschaften durch die Unternehmer und die politischen Gewalttäter anerkannt wurden. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der sich in den zehntausend Tarifverträgen für etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte offenbart, soll erschüttert werden. Die Unternehmer wollen wieder von sich aus einseitig die Arbeitsbedingungen diktieren. Wollen die Arbeiter sich nicht wieder in die Willkür der Unternehmer begeben, so bleibt ihnen kein anderer Ausweg als der Zusammenschluß in ihren gewerkschaftlichen Berufsorganisationen. Mit dem Ringen um das freie Koalitionsrecht verteidigt die deutsche Arbeiterklasse zugleich ihr Lebensrecht.

Indem die Regierung in die Grundrechte der Arbeiterschaft eingreift, versucht sie die Gewerkschaften an der Durchführung ihrer großen sozialen und kulturellen Aufgaben zu hindern. Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie durch ihren Lohnkampf eine eminent volkswirtschaftliche und soziale Funktion erfüllen. Den Arbeitgebern erscheinen die Gewerkschaften aber als die Störenfriede, die den reibungslosen Konjunkturverlauf nur stören und die Wiederherstellung der Wirtschaft hemmen. Wenn die Gewerkschaften sich gegen den gewaltsamen Einbruch in die Kaufkraft der Arbeitermassen wehren, dann verhindern sie damit die Steigerung des Massenelends und verhüten außerdem die Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften erweisen mit diesem Kampf ihre tiefere Einsicht in die wahren Interessen der Gesamtwirtschaft, sie kämpfen für das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, weil sie verhindern wollen, daß die Arbeiter allein das Verlustrisiko der privaten Wirtschaftsführung tragen. Die Arbeiter dürfen nicht länger die Objekte dieser Wirtschaftsunsinnlichkeit bleiben.

Die neuen Gewalttäter sind drauf und dran, die Arbeiter wieder politisch und wirtschaftlich rechtlos zu machen, sie der Autorität zu unterstellen, die heute vom Herrenklub repräsentiert wird. Die Arbeiterschaft ohne Koalitionsrecht wäre völlig isoliert und hilflos ihren Gegnern ausgeliefert. Vereinzelt stehend bleibt dem Arbeiter nur die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Unterwerfung. Erst durch das Recht der Vereinigung hat die Arbeiterschaft ihre Menschenwürde und das proletarische Selbstbewußtsein errungen und sich damit die Achtung ihrer Gegner erkämpft.

Es geht in den gegenwärtigen Kämpfen um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse. Durch den reifsten Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den Gewerkschaften verteidigen wir zugleich das heiligste Grundrecht der Arbeiterklasse: Das freie Koalitionsrecht.

Wahl des Betriebsobmannes

Oftmals kann man der Auffassung begegnen, daß die Wahl eines Betriebsobmannes formlos geschehen könne, der einfache Mehrheitsbeschluß einer Belegschaft über einen gemachten Vorschlag schon genüge. Dieser Meinung gegenüber kann nicht oft genug betont werden, daß auch die Wahl eines Betriebsobmannes an die Einhaltung zwingender Wahlvorschriften gebunden ist. Verstöße in dieser Richtung machen sich immer dann erst bemerkbar, wenn das Schutzbedürfnis dem Betriebsobmann erwächst und er Ansprüche gemäß § 98 des Betriebsrätegesetzes erhebt.

So auch im nachstehend geschilderten Streitfall. Die Belegschaft hatte zur Wahl eines Betriebsobmannes Stellung genommen. Durch Mehrheitsbeschluß wurde ein Kollege zum Obmann gewählt, und danach wurde dieser Beschluß von jedem an der Versammlung Beteiligten nochmals durch Unterschrift bestätigt. Der Ob-

mann trat danach sein Amt an. Nach Ablauf einer geraumen Zeit entließ die Geschäftsleitung den Betriebsobmann, ohne die Zustimmung der Belegschaft oder des Arbeitsgerichts zu befragen. Der Obmann klagte auf Fortsetzung seines Vertragsverhältnisses unter dem Hinweis auf sein gesetzliches Schutzrecht.

Das Landesarbeitsgericht, das in zweiter Instanz über den Klageanspruch zu entscheiden hatte, hat den Kläger zurückgewiesen. Aus der Begründung ist bemerkenswert: „Gemäß §§ 58 B.R.G. und 34 Wahl.-O. z. B.R.G. wird der Betriebsobmann von den wahlberechtigten Arbeitnehmern des Betriebs in geheimer Wahl mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wenn der Kläger nun durch Zuruf, der nachher durch die Unterschriften unter den „Beschluß“ bestätigt wurde, zum Betriebsobmann der Belegschaft der Beklagten bestimmt wurde, so ist hierin keine Wahl im Sinne des Betriebsrätegesetzes zu erblicken. Es ist nicht nur die Bestimmung, daß eine geheime Wahl stattfinden müsse, verletzt, sondern es liegt überhaupt kein Wahlakt vor, weil es an deren Voraussetzungen vorliegt. Ebenso kann, da die Wahl des Klägers unheilbar nichtig ist, hier nicht, wie es im Fall der Anfechtung der Wahl nach § 20 W.O. zulässig, der Nachweis geführt werden, daß auch ohne den Verstoß das Ergebnis der Wahl nicht verändert worden wäre. Demnach ist der Kläger nicht Betriebsobmann geworden und eine Zustimmung der Belegschaft zu seiner Entlassung war nicht erforderlich. Die Berufung des Klägers war daher zurückzuweisen.“

„Gewerkschaften und kollektives Arbeitsrecht“

So benannt ist ein Buch von 174 Seiten von Clemens Rörpel, dem bekannten Sekretär des ADGB, und Dr. Kurt Gussko, dem Lehrer für Arbeitsrecht an der Bundeschule in Bernau, verfaßt und in der Verlagsanstalt des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6a, erschienen. Der Titel läßt vermuten, daß es sich mehr oder weniger um die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und kollektivem Arbeitsrecht handelt. Diese werden denn auch recht eindrucksvoll aufgezeigt und es geht erfreulicherweise recht deutlich aus dem Buch hervor, daß das Arbeitsrecht in seinem Bestande und in seiner Gestaltung vom Bestehen starker Gewerkschaften abhängig ist. Wenn die Verfasser im Vorwort sagen, daß das Buch kein Lehrbuch des Arbeitsrecht und noch weniger ein Erläuterungsbuch des Arbeitsrechts sein will, so kann man doch feststellen, daß es auch die Aufgabe, das Arbeitsrecht zu erläutern, sehr gut erfüllt. Mehr als der Titel erwarten läßt, wird auch eine Fülle von Einzelfragen und -problemen behandelt und geklärt. Erfreulich ist, daß die „Problem- und Fragestellung, wie von den Verfassern auch kaum anders zu erwarten, von der Praxis des unmittelbaren Arbeitslebens her erfolgt, wie ja überhaupt das Buch nicht nur arbeitsrechtlich, sondern auch soziologisch (zum Beispiel das Kapitel über die Bewährung der Betriebsräte) und historisch lehrreich ist. Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts wird weitgehend zugrundegelegt, dabei aber auch kritisiert, wobei der falschen Auffassung gleich die Richtige entgegengesetzt wird.

Das sehr empfehlenswerte Buch arbeitet auch die kollektivistische Grundanschauung heraus; sie ist zuzufügen der rote Faden des Buches. Die Systematik ist gut, wie die Kapitelüberschriften zeigen: Was ist eine Gewerkschaft? — Aus der Bundesfassung des ADGB. — Stellung zu Politik und Staat — Studium des Arbeitsrechts — Vom individuellen zum kollektiven Arbeitsrecht — Arbeitsrecht und Grundrechte der Reichsverfassung (hochaktuell!) — Individuelles Arbeitsrecht der Vorkriegszeit — Kollektives Arbeitsrecht der Nachkriegszeit — Sonstiges Arbeitsrecht der Nachkriegszeit — Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Arbeitskämpfrecht — Tarifvertrag — Zwangs-Tarifvertrag — Betriebsvereinbarung — Arbeitsordnung — Schlichtungsstellen — Betriebsräte — Bewährung der Betriebsräte — Arbeitsgerichtsbarkeit — Arbeitsgerichtsbehörden — Arbeitszeitrecht — Internationales Arbeitsrecht — Internationale Gewerkschaftsbewegung — Prinzip des Kollektivismus. Der das Buch beschließende Aufruf: Arbeiter, schafft starke Gewerkschaften! ist nur der logische Beschluß, der fehlen würde, wenn er nicht das stünde. Hervorhebenswert ist, daß der Text durch eine Anzahl Tabellen und graphische Darstellungen anschaulich gemacht ist. Heute mehr denn je kann und wird ein solches Buch jedem Gewerkschafter ein wertvoller Helfer sein. Es kostet in Leinen gebunden im Buchhandel 3,50 M., Organisationspreis 2,60 M.

Unberechtigte Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes durch den Arbeitgeber

Das Mitglied eines Betriebsrates, dessen Amtszeit am 21. März abließ, war am 16. März zum 23. März gekündigt worden. Der Arbeitnehmer verlangte im Klagewege den Lohn für eine Woche, indem er behauptete, der Kündigung fehle die Zustimmung des Betriebsrates. Der Arbeitgeber machte dagegen geltend, die Zustimmung des Betriebsrates sei nicht erforderlich gewesen, da in dem Zeitpunkt des Ablaufs der Kündigungsfrist der Kläger nicht mehr Mitglied der Betriebsvertretung gewesen sei. Im übrigen habe die Betriebsvertretung nur noch aus einem

zweiten Arbeitnehmer — außer dem Kläger — bestanden, und dieser Angestellte habe seine Zustimmung zu der Kündigung seines Arbeitskollegen erklärt.

Das Landesarbeitsgericht hat jedoch die Klage des Arbeitnehmers für begründet erachtet und das Reichsarbeitsgericht hat in demselben Sinne erkannt. Für die Frage, ob eine Kündigung der Zustimmung der Betriebsvertretung bedarf oder nicht, ist die Rechtslage lediglich in dem Zeitpunkt maßgebend, in dem die Kündigung erklärt wird. Dagegen kommt es auf den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erfolgt, nicht an. Mit Recht hat daher das Landesarbeitsgericht die Zustimmung der Betriebsvertretung für erforderlich erachtet, weil der Kläger zu der Zeit der Kündigungserklärung noch das Amt eines Betriebsratsmitgliedes bekleidete. — Weiterhin ist auch nicht erwiesen, daß das andere Betriebsratsmitglied seine Zustimmung zu der Entlassung des Klägers erteilt hat. Der Amtskollege des Klägers hat dem Arbeitgeber erklärt, er solle doch erst die andern entlassen, die es besser ertragen könnten, doch als der Arbeitgeber bei seinem Entschluß verblieb, hat er gesagt: „Wenn Sie meinen, daß nichts anderes zu machen ist, dann müssen Sie das eben tun.“ — In diesen Worten ist keineswegs eine Zustimmung zu der Kündigung zu erblicken, sondern die Meinungsäußerung, der Beklagte müsse die Entlassung des Klägers auf seine Verantwortung vornehmen. Nur so hat der Arbeitgeber auch die Worte aufgefaßt. (R.A.G., 6. 1. 32 — 350. 31.)

Wenige Zahlen beweisen

worum es bei den in aller Heftigkeit entbrannten Kämpfen um die Sozialversicherung geht. Im Jahre 1900 betrug die Leistungen der deutschen Sozialversicherung nur 380 Millionen Mark. Im Jahre 1924 erreichten die Ausgaben der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge knapp 2 Milliarden Mark. In den letzten Jahren wurden dagegen jährlich mehr als 6 Milliarden Mark zur Unterstützung der Arbeitslosen, Kranken und Arbeitsunfähigen aufgewendet. Das war die Auswirkung einer erfolgreichen sozialpolitischen Gesetzesarbeit im Parlament. Es war ein Anfang, denn so beachtlich die soziale Gesamtleistung des schwer ringenden Nachkriegsdeutschland war, so gering waren die einzelnen Unterstützungssätze, die den Hilfsbedürftigen gewährt wurden.

Reichszankler von Papen hat zum Angriff auf die staatliche soziale Fürsorge aufgerufen. Er beschuldigt die Gewerkschaften, daß sie durch die sozialen Aufwendungen die Wirtschaft planmäßig zerrütet hätten. Die Kräfte der deutschen Nation seien moralisch geschächt, weil in den letzten Jahren durchschnittlich 700 000 Kranke, rund 800 000 Wächnerinnen, rund 1 1/2 Millionen Unfallverletzte, mehr als 2 1/2 Millionen Invaliden, mehr als 1 1/2 Millionen Witwen und Waisen ihre dürftigen Renten oder Unterstützungssätze aus den Einrichtungen der Sozialversicherung bezogen.

Jetzt geht es nicht mehr um ein paar Groschen mehr oder weniger für die Rentner, Kranken oder Arbeitslosen. Es geht ums Ganze.

Staatliche Pflicht zur Fürsorge für die Bedürftigen oder Zerstörung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft durch Abbau der Sozialversicherung, das ist die Entscheidung, über die jeder einzelne Wähler am 6. November seine Stimme in die Waagschale zu werfen hat.

Wer ist unterhaltspflichtig?

Die Frage ist deswegen für die tägliche Praxis so bedeutsam, weil sie in der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und auch in der eigentlichen Fürsorge eine Rolle spielt. Endlich ist sie auch für die Sozialversicherung und für das tägliche Leben von Bedeutung. Unterhaltspflichtig sind nur die Verwandten in gerader Linie, also nicht Geschwister. Und zwar sind die Abstammlinge vor den Verwandten der aufsteigenden Linie unterhaltspflichtig. Wenn es sich um die Frage des Unterhalts für eine Person handelt, so wird man erst prüfen, ob Kinder vorhanden sind, die in der Lage sind, Unterhalt zu gewähren. Ist das nicht der Fall, so wird man sich an den Vater und zuletzt an die Mutter der Person halten müssen. Unter den Verwandten der aufsteigenden Linien hatten die näheren vor den entfernteren, mehrere gleich nahe zu gleichen Teilen. Der Vater haftet jedoch vor der Mutter, wie es aus dem Wesen des Familienlebens hervorgeht. Wenn der Mutter dagegen das Recht der Nutzung an dem Kindesvermögen zusteht, haftet zunächst die Mutter. Unterhaltspflichtig ist aber nicht, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. Wer hat Anspruch auf Unterhalt? Im allgemeinen nur, wer außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Ein minderjähriges, unverheiratetes Kind kann von seinen Eltern, auch wenn es Vermögen hat, die Gewährung des Unterhalts insoweit verlangen, als die Einkünfte seines Vermögens und der Ertrag seiner Arbeit zum Unterhalte nicht ausreichen. Wieviel Unterhalt ist zu gewähren? Das Maß des zu gewährenden Unterhalts bestimmt sich nach der Lebensstellung des Bedürftigen (standesmäßiger Unterhalt). Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf, bei einer der Erziehung bedürftigen Person auch die Kosten der Erziehung und die Vorbildung zu einem Berufe. Wer durch sein sittliches Verschulden bedürftig geworden ist, kann nur den notwendigen Unterhalt verlangen.

Die Eiserne Front

ist die Zusammenfassung der Sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners, der Arbeitersportbewegung und der Gewerkschaften. Deshalb gehört auch jeder Kollege zu ihr!

Eine Selbstentlarung nach der andern

Die Nazis sehen dem beginnenden Wahlkampf und mehr noch seinem Ende begreiflicherweise mit Bangen und Bangen entgegen. Sie sehen Teile des Bürgertums aus ihren Reihen schon zu Papen, Eugenberg und Goldte hinüberwechseln, und kein anderer als Goering gab in einer Wahlrede in Weimar zu, daß nicht wenige Tausende von Wählern den Nazis entschwinden werden. In dieser Situation schätzen diese Leute die Arbeiterschaft so dumm ein, daß sie glauben, aus deren Reihen noch Zuwachs erhalten zu können, und so hat man denn wieder einmal die radikale sozialistische Walze aufgelegt. Da mußte ausgerechnet, wie schon bekannt, dem Propagandaleiter Göbbelschen das Malheur passieren, daß er sich in seinem „Angriff“ verschnappte, indem er das berühmt gewordene Wort von dem breiten Rücken der Nazis sprach, auf dem sich die „seinen Herrn“ in die Hemter geschwungen hätten, — ohne in der Eile zu bedenken, daß durch das Stillhalten mit ihrem „breiten Rücken“ die Nazis für die unsoziale Papen-Politik verantwortlich sind. Dieses wertvolle Verständnis hat er wieder in seinem „Angriff“ ergänzt. Wir lesen in einer Polemik gegen Eugenberg u. a. folgendes: „Da diese Herren (Papen und seine Kamarilla, Schriftstg.) keine Argumente anführen können, sagen sie: Wir sind von Gottes Gnaden. Sich die Hände reibend, sehen sie schmunzelnd, wie wir ihnen den Dreck wegfeigen.“ Die Nazis als die Dreckfeger der Baronsregierung — ist das nicht interessant?

Der Sozialismus der Nazi ist Schwindel

Es gibt tatsächlich Leute, die der Meinung sind, bei den Nationalsozialisten handelt es sich um eine sozialistische Bewegung. Ein großer Irrtum, wie wir gleich sehen werden. Als sozialistisch angehaucht galt in der Öffentlichkeit Gregor Strasser. Der amerikanische Journalist Knickerbocker hat im Laufe seiner Europareise auch Strasser ausgefragt. Das Interview kommt in der Vorjischen Zeitung zum Abdruck. Ueber die Frage, wie sich die Nationalsozialistische Partei zu einer Planwirtschaft stellen würde, antwortete Strasser: „Planwirtschaft kann ich nicht unterschreiben. Das Ganze müßte notwendigerweise zum Bolschewismus führen. Sobald Sie mit dem Prinzip der staatlichen Kontrolle über Industrie und Handel beginnen, können Sie keine Grenzen mehr ziehen. Es würde unweigerlich weiterwachsen und sich ausdehnen, bis es alle Tätigkeiten umfaßt. Es würde den Körper der Nation in eine Zwangsjacke stecken. Außerdem wäre es unmöglich, die Prinzipien des Privateigentums und der privaten Initiative aufrechtzuerhalten.“

Eine derartige Gegnerschaft gegenüber der Planwirtschaft könnte auch von einem Unternehmer geäußert werden. Ein Unterschied zwischen den Meinungen Strassers und den extremsten Individualisten ist jedenfalls nicht zu entdecken. Nachdem Strasser sein Herz gegenüber dem Amerikaner ausgeschüttet hatte, kam letzterer zu dem Standpunkt, „daß Papen und Hitler auf Plattformen stehen, die für außenstehende Beobachter nicht voneinander zu unterscheiden sind. Hitler ist sicher nicht nationalsozialistischer als Papen, und Papen ist sicher nicht kapitalistischer als die Nationalsozialisten.“

Knickerbocker schließt seine Darlegungen über dieses Kapitel folgendermaßen: „Wir waren mit dem Programm fertig. Von der offiziellen Version war nicht viel übrig geblieben.“ Wer es bisher noch nicht wußte, dem ist es aus den eigenen Aussprüchen Strassers zur Wahrheit geworden: bei dem Sozialismus der Nazis handelt es sich um einen großen Schwindel.

Gegen die Selbsthilfe der Arbeitslosen

Im Bericht über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Monat September 1932 schreibt der Reichsverband des Deutschen Handwerks unter andern:

„Ein starker Nachteil erwächst nach Meldung der Handwerkskammer Dortmund dem Handwerk in den letzten Monaten durch die neu gegründeten Notgemeinschaften der Erwerbslosen. Diese sind größtenteils dazu übergegangen, Gegenstände des täglichen Bedarfs, Lebensmittel usw. gemeinsam aufzukaufen und nicht nur an Erwerbslose, sondern auch an andere mit einem geringen Aufschlag abzuziehen. So wird beispielsweise aus einer Industriegemeinde in der Nähe von Anna berichtet, daß an einem Tage nicht weniger als 1000 Brote und 25 Zentner Fleisch auf diese Weise von der Notgemeinschaft vertrieben wurden. Alle Versuche, gegen dieses Unwesen einzuschreiten, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Eine weitere erhebliche Beeinträchtigung erfährt das Handwerk nach wie vor durch die Schwarzarbeit. Alle Maßnahmen, die bisher hiergegen ergriffen wurden, erwiesen sich als unwirksam.“

Unsere Stellung zur Schwarzarbeit ist bekannt. Auch wir verurteilen sie, bilden uns aber nicht ein, sie durch Gesetze und Verordnungen aus der Welt schaffen zu können. Es handelt sich dabei auch nicht so sehr um ein Aufklärungs- und Erziehungsproblem als um eine Wirtschaftsprüfung. Man gebe jedem Gehilfen lohnende Arbeit und die Schwarzarbeit wird, wenn auch vielleicht nicht völlig verschwinden, so doch zur Bedeutungslosigkeit herabsinken.

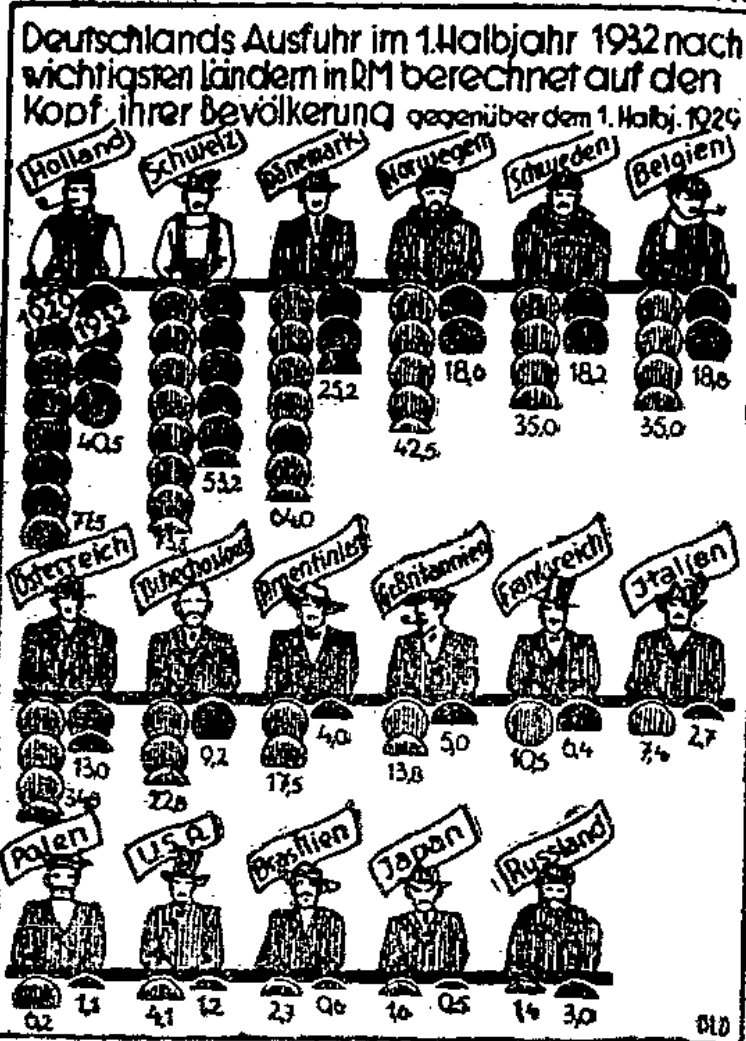
Die Notgemeinschaften der Erwerbslosen, gegen die sich nun die Handwerkskammern wenden, sind ebenfalls ein Produkt der heutigen Verhältnisse. Wenn Arbeiter monate- und jahrelang erwerbslos sind, ihnen die Unterstützung aber immer mehr gekürzt werden, müssen sie denn nicht nach immer neuen Wegen suchen, um ihr Leben zu fristen? Kann man es jemand verdenken, wenn er mit wenigen Mark Unterstützung die ganze Woche auskommen soll, nun versucht, die notwendigen Lebensmittel so billig wie möglich zu erhalten? Unternehmer, die der Regierung Papen jubeln, die aus den Ärmsten

der Armen 1500 Millionen Mark herauspreßt, um sie den Unternehmern zu geben, sollten sich nicht darüber wundern, daß die Arbeiterschaft immer mehr zur Selbsthilfe greift. Daß sie es auch dort tut, wo es aus volkswirtschaftlichen Gründen an sich manchmal nicht wünschenswert ist, läßt sich dabei nicht vermeiden.

Appell an die Willkür!

„Nieder mit den Gewerkschaften!“ Unter dieser Parole stürmen Kapitalismus und Reaktion an gegen unsere Organisationen. Unter diesem Motto wird seitens ihrer Presse alles getan, gegen diese Hochburgen sozialer Kraft und Geschlossenheit zu hetzen. Der Beweggrund dieses Handelns ist jedem denkenden Arbeiter klar: die kapitalistischen Unternehmer, die Industriekapitäne, die Bank- und Börsenfürsten, die Großagrarien, kurz alle, die seit jeher aus der brutalen Ausbeutung schaffender Men-

Wer in der Welt kauft noch deutsche Waren?



Die Verteilung der deutschen Ausfuhr.

Im ersten Halbjahr 1932 konnte Deutschland nur noch für 3 Milliarden Waren ausführen, gegenüber 4,8 Milliarden 1929. Die Ausfuhr ging also um mehr als ein Drittel zurück, gegenüber 1929, dem Höchstjahr deutscher Ausfuhr, sogar um mehr als die Hälfte. Wenn man nun unteruchen will, welche Länder heute verhältnismäßig wenig deutsche Waren gebrauchen, so muß man auch die Größe, das heißt, die Bevölkerungszahl der Länder berücksichtigen. Deshalb ist auf unserm Bild gezeigt, wieviel, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, im ersten Halbjahr 1932 gegenüber 1929 die einzelnen Völker Waren aus Deutschland verbrauchten. Man sieht, daß verhältnismäßig die direkten Nachbarn rings um Deutschland am meisten an deutsche Waren gewöhnt sind. Nur in Dänemark und der Tschechoslowakei, Polen sowie in Oesterreich ging der Verbrauch an deutschen Waren weit über die Hälfte zurück. Dagegen verbraucht im Verhältnis zum allgemeinen Rückgang die Schweiz mehr deutsche Waren als vor der Krise. Die Ueberseestaaten dagegen beziehen verhältnismäßig viel weniger Waren als in der Vorkriegszeit. Rußland nimmt heute doppelt soviel Waren ab als vor der Krise, und im ersten Halbjahr 1932 verbrauchte jeder Russe für 3 M. deutsche Waren, während jeder Franzose 6 M. und jeder Engländer 5 M. an deutschen Waren verbraucht, wobei man berücksichtigen muß, daß der Verbrauch an industriellen Waren in Rußland doch viel geringer ist als in den westlichen Industriestaaten.

Wenn ihre Riesenprofite gezogen haben, möchten sich unter Ausnutzung der gegenwärtigen Notlage und der wirren innerpolitischen Situation der unbequemen und verhassten Gewerkschaften entledigen. Würden sie nun dieses Ziel erreichen, so hieße das praktisch nichts anderes, als daß uns Arbeitern alle unsere in jahrzehntelangen schweren Kämpfen errungenen Rechte restlos geraubt würden, daß wir wieder wie in Vorkriegszeiten ganz in der Hand unserer Arbeitgeber wären und uns deren „Herrn-im-Haus“-Standpunkt jederzeit widerspruchslös zu fügen hätten! Außerdem wäre es auch um die Errungenschaften der Sozialpolitik getan, sie würden verschwinden!

Es muß daher unsererseits alles getan werden, um zu verhindern, daß die kapitalistischen Unternehmer ihr Ziel erreichen. Und besonders uns freien Gewerkschaftern legt der Ernst der Stunde noch eine große Pflicht auf: dem Verband neue Kämpfer zuzuführen und die unter dem Druck wirtschaftlicher Notlage ausgetretenen Mitglieder der Gewerkschaft zurückzubringen! Die wertvolle Klasse kann heute weniger denn je eine Zerstückelung und Schwächung ihrer Reihen vertragen. Für die Arbeiterschaft gilt heute das Wort: Einigkeit macht stark! Doch darf es nicht nur schöne Phrasen sein, sondern es muß Leben bekommen. Sorgen wir dafür, Kollegen, daß es lebendig wird, dieses Wort von der Einigkeit. Sorgen wir dafür, daß diese unbedingt herbeigeführt wird, denn nur restlose Geschlossenheit unter Führung unserer Gewerkschaft kann uns vor völliger wirtschaftlicher Vernichtung durch unsere kapitalistischen und reaktionären Gegner retten. Je größer unsere Front, desto machtvoller unsere Abwehr! Aus dieser Erkenntnis heraus möchte ich jeden,

der am Erfolg der Arbeiterbewegung interessiert ist, zurufen: Sei eingedenk deiner Pflicht als Klassenbewußter Proletarier und agitiere im Interesse der Einigkeit mit allen Kräften für deinen Verband! Sieh dich um im Vertrieb nach Gleichgültigen und Unorganisierten! Kläre sie auf, damit auch sie zum Verband kommen, ehe es vielleicht zu spät ist! — Unseren Kindern soll eine freiere und frohere Zukunft beschieden sein. Das aber ist nur möglich, wenn wir heute den Weg hierfür vorbereiten. Darum auch müssen wir die vielen Gleichgültigen aus ihrem Dämmer-schlaf reißen und ihnen sagen, daß die Zeit für das Proletariat zu gefährdend ist, als daß nur einer sie verträumen und verschlafen darf. Wir müssen solchen Kollegen die gefesselte Verbandszeitung regelmäßig geben, damit Kampfsgeist und Interesse geweckt werden, die heute so notwendig sind für die Arbeiterschaft. Denn nur, wenn wir Schaffenden uns einig und entschlossen der hah-erfüllten Parole „Nieder mit den Gewerkschaften!“ entgegenwischen, bleiben uns diese erhalten und wir werden nicht wieder rechtslos und vogelfrei wie einst im wilhelminischen Zeitalter.

Frauen, denkt daran!

Auf der Liste 2 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sind auch weibliche Kandidaten vertreten. Alle anderen Parteien, die Kommunisten nicht ausgenommen, geben schon bei ihrer Auffstellung der Kandidatenlisten zum Ausdruck, daß sie die Frauen als „mindervwertig“ betrachten. Die Frauen sollen nur gut sein, diesen Parteien die Stimmen und Mandate zu liefern, aber selber sollen sie in diesen Parteien nichts zu sagen haben.

Es ist erstaunlich, daß Frauen überhaupt einer Partei die Stimme geben, die gar keine Kandidatinnen auf ihren Listen zu stehen hat. Alle Frauen müßten sich doch sagen, daß es auch im Staate und im politischen Leben Fragen und Dinge gibt, bei deren Meisterung die Männer den Rat der Frauen gern in Anspruch nehmen. Welch eine Mißachtung den Frauen gegenüber, daß es Parteien wagen können, wohl die Frauenstimmen zu fordern, aber nicht einer einzigen Frau das Recht geben, in den Volksvertretungen die Fraueninteressen wahrzunehmen.

Am schlimmsten treiben es auf diesem Gebiete die Nationalsozialisten! Sie schwagen ununterbrochen davon, daß ihre Politik dem Wohl der Frauen gelten soll, sie reden immer davon, daß sie der Jugend des Volkes, die natürlich den Müttern am meisten am Herzen liegt, helfen wollen, sie versprechen auch hier alles, ohne daran zu denken, ihre Versprechen zu erfüllen. Irgendwelchen Einfluß räumen sie den Frauen in der Politik nicht ein — sie wollen die Frauen nur als Stimmvieh!

Wägen die Frauen am 6. November daran denken: Wägen sie endlich erwachen und für den Sieg der einzigen Partei kämpfen, die auch den Frauen ihr Recht, ihre Freiheit, ihr Glück schaffen und sichern will: Für die Sozialdemokratie, für die Liste 2!

Wie wählt man Papen?

Diese Frage hat bei den letzten Wahlen eine sehr weit rechts stehende Berliner Zeitung dahingehend beantwortet, daß man, da Papen keiner Partei zugehörig sei, Hitler wählen müsse, wenn man das Papen-Regime stützen wolle. An der Wahrheit dieser Antwort hat sich im Kern auch heute noch nichts geändert. Die Hitler-Partei ist der große völkischistische Flügel einer Koalition der „grundtätiglichen neuen Art der Staatsführung“. Selbst, wenn Papen gehen sollte — was überdies nicht wahrscheinlich ist —, dann ist sicher, daß die Papenheimer bleiben. Es sei denn, daß durch den Willen des Volkes eine merklich starke und sehr kräftige Schwentung nach links eintritt. Bleibt diese Schwentung aus, dann wird die Volkshausanstalt der Junker und Schwerindustriellen unter Führung der Papenheimer und Hitlerbrüder verwirklicht werden. Dann wird das Sarifrecht völlig zerschlagen, die noch bestehenden Tarifverträge sabotiert und die Sozialversicherung noch weiter ausgehöhlt werden. Deshalb muß jeder Gewerkschafter dafür sorgen, daß die Wahrheit des Satzes, wer Nazis wählt Papen wählt, möglichst weite Verbreitung findet und dementsprechend gehandelt wird. Einen starken Schutz der Sozialpolitik bringt ein Erfolg der Liste 2!

Das neuzeitliche Ornament

Soll der Maler noch Ornament zeichnen und malen lernen? Vielleicht denkt mancher, eine eigenartige Frage, und doch muß sie gestellt werden, um irrigen Ansichten, nicht etwa denen des breiten Publikums, sondern der Bauarchitekten, zu begegnen. Die Architekten haben recht, wenn sie Ornamente an jedem Ort und auf jeder Fläche ablehnen. Vielleicht ist es auch richtig, wenn sie behaupten, daß nur wenige Maler nach dem Kriege die Ornamentik gepflegt haben. Ihr Vertrauen zum Können der Maler ist stark gesunken. Nun, wenn man vor fünf bis sechs Jahren die Behauptung aufgestellt hätte, es fehlte den Malern an tüchtigen Kräften, hätte man diese Auffassung verstehen können. Aber seitdem ist tüchtig gearbeitet worden. Die vielen Kurse an den Schulen waren nicht umsonst, denn wenn auch die Unterrichtenden es nicht alle verstanden, den Schülern etwas Nützlich- bezubringen, so ist das Resultat der Bemühungen um die fachliche Weiterbildung der Malerjugend im allgemeinen doch als gut zu bezeichnen. Daß es auch noch ungenügende Resultate gibt, ist zum Teil ein Verschulden der Lehrer. Wir wollen das an folgendem Falle illustrieren:

Ein Malerlehrling, der die Dorfschule besucht hatte, sollte den ersten Zeichenunterricht erhalten. Der Lehrer gab dem Schüler auf, etwas in ein Quadrat hineinzuzeichnen. Der Lehrling, an sich lernbegierig, sann und sann, fand aber nichts, was ins Quadrat hineinpaßte. So verging die erste halbe Stunde. Der Lehrer stellte fest, daß der Schüler nicht gerade fleißig gewesen war. Es

verging auch die zweite halbe Stunde, ohne daß der Lehrling etwas gezeichnet hatte. Der Lehrer machte nun dem Lehrling Vorwürfe. Der Lehrling, in die Enge getrieben, erklärte dem Lehrer, er könne ja noch gar nicht zeichnen, er wolle doch erst das Zeichnen lernen. Die Lehrmethode des Lehrers mag vertretbar sein, wenn er damit verfahren wollte, aus dem Schüler das herauszuholen, was in ihm steckt. Die Methode darf aber nicht dazu führen, daß unbeholfene Schüler links liegenlassen werden, denn wenn das geschieht, ist der Unterrichtslehre auf falschem Posten.

Aber zurück zur Beantwortung unserer Frage. Die Architekten lehnen größtenteils das Ornament ab. Aber man sieht Tapeten mit Brokatmuster, japanische Tischdecken, Perser-Teppiche, Gardinen im Jugendstil, Barock-Spiegel usw., kurz und gut, ein wahres Stillonglomerat. Es gibt noch viele Industrien und Gewerbe, die ohne Ornamentik gar nicht auskommen können, zum Beispiel die Gardinenindustrie, die Flach- und Buntdruckerei, die Stofffabriken, Tapetenfabriken, die Galanteriebetriebe usw. Schon mit ein paar Strichen kann man eine langweilige Fläche flott beleben. Einfache Ornamente lassen sich schon durch Linien gestalten. Man braucht sich unter einem Ornament nämlich nicht immer Blumen, Früchte und Figuren vorzustellen. Wird ein Ornament mit Geschmack und Verstand angewandt, wirkt es immer vornehm. Und so mühte es sonderbar zugehen, wenn die Bevölkerung davon nichts wissen wollte.

Wie erlerne ich nun, ein Ornament zu zeichnen bzw. zu malen? Alle Stile, so der byzantinische, romanische und gotische, ebenfalls Renaissance, Barock und Rokoko haben Grundformen. Bei Anwendung dieser Stilarten ist man immer gezwungen, von den Grundformen auszugehen; anders beim Expressionismus. Wenn auch diesem ein bestimmtes System zugrunde läge, würden sicher mehr Maler diese neuzeitliche Ornamentik beherrschen. Unser modernes Ornament verlangt mehr Intelligenz und Individualität als die Ornamente nach sämtlichen älteren Stilen. — Schreiber dieser Zeilen hat nun in Unterrichtskursen versucht, auch für die moderne Ornamentik von bestimmten Grundformen auszugehen. Es war eine schwere Auswahl, die aus vielem Material getroffen werden mußte. Jedem Schüler wurden dann circa sechs leichte Formen vorgezeichnet. Die Formen wurden mehrmals durchgearbeitet, bis sie im Gedächtnis eingegraben waren. Nunmehr mußten die Schüler an den Formen Änderungen vornehmen. Die Formen wurden dann mit Zahlen versehen. An einer Tafel wurde den Schülern gezeigt, wie man die Formen praktisch anwenden kann. Wahllos wurden Formen, zum Beispiel die Formen 2 und 5, herausgenommen und mit Strichen und sonstigen Kleinfächern zusammengefügt, bis etwas Gutes und Brauchbares dabei herauskam. Sahen die ersten Formen fest im Gedächtnis, kamen schwieriger hinzu. Das individuelle Arbeiten kommt dann ganz von selbst. Mit diesem System wurden die besten Erfolge erzielt.

Die knappen Ausführungen werden verständlich genug sein, um zu zeigen, wie ein Ornament entstehen kann. Schon vor zehn Jahren habe ich nach dem geschilderten System gearbeitet. Die älteren Kursisten bestätigen heute noch den erreichten Erfolg. Vielleicht dienen diese kurzen Ausführungen dazu, einen Gedankenaustausch über Ornamentzeichnen und -malen herbeizuführen. Die Frage ist schon einer Klärung wert.

Berufsunfälle

Frankfurt am Main. Beim Fensterstreichen ist der Jungkollege Gustav R o p p vom ersten Stock eines Hauses abgestürzt. An dem sehr niedrigen Fenster war ein Gitter angebracht, damit die Kinder vor dem Fenster spielen konnten. Der Gips, mit dem das Gitter befestigt war, war verrotten und hat sich beim Anlehnen gelockert — Schutzgitter und doch kein Schutz. Der Kollege hatte sich innere Verletzungen und einen Bluterguß zugezogen.

Der Kollege Florentin Born ist beim Arbeiten auf einem Gerüst von einer Leiter abgestürzt. Das Ausmaß der erlittenen Verletzungen ist bis jetzt noch nicht festgestellt; hoffentlich sind sie nicht gefährlicher Natur. In den Unfällen trägt das zur Zeit herrschende Arbeitstempo die Schuld.

Brand in einer Lackiererei. In einer Lackierwerkstätte der Frankfurter Adlerwerke brach vor einigen Wochen ein Brand aus, der das Innere der Werkstatt total zerstörte; auch eine Karosserie ist neben anderen Werkstätten dem Brand zum Opfer gefallen. In einem sonst in gutem Zustand befindlichen Exhaustor war ein Propellerstück abgebrochen, das gegen eine Lackkanne flog, in der sich Nitrozellulose befand. Dadurch entstand ein Funken, der die in der Kanne befindlichen Lackrückstände und Gase entzündete. In kürzester Zeit stand der ganze Raum so in Flammen, daß ein Löschen mit Handapparaten nicht mehr möglich war. Die Berufsfeuerwehr konnte bald des Feuers Herr werden und größeren Schaden verhüten. Immer wieder zeigt sich, wie gefährlich es ist, wenn im Arbeitsraum Zelluloselacke aufbewahrt werden.

Kostock. Kollege Wilhelm Schulz erlitt auf seiner Arbeitsstelle, Neptun-Werft, einen Unfall. Eine eiserne Leiter, die nicht richtig eingehängt war, was aber vom Kollegen Schulz der herrschenden Dämmerung wegen übersehen wurde, kippte um, so daß Kollege Schulz aus etwa anderthalb Meter Höhe auf eine eiserne Stufe fiel. Dadurch zog er sich eine Rippenquetschung zu.

Willür der Barone und ihrer Kumpanei, Der Reichen und des Adels und auch der Hülerei Schafft endlich euch vom Halbe, zerbrechet eure Ketten! Werbt für den Verband und helft die Heimat retten!

Wahltag ist Zahltag

Ihr Männer der Werkstatt, ihr Schreiber vom Amt, Und ihr, die man euch zum Nichtstun verdammt; Ihr Frauen, ihr Mädchen aus Stadt und Land, Setzt halt ihr das Wort, habt die Macht in der Hand: Nun müßt sie! Nun stimmt gegen Rückschritt und Not Für Freiheit, für Arbeit und Brot!

Ihr, die ihr euch Tage und Nächte gekrämt, Ihr, die ihr der eigenen Armut euch schämt, Ihr alle, erwacht aus der Lethargie: Setzt gilt es zu kämpfen! Setzt oder nie! Setzt wehrt euch! Setzt stimmt gegen Rückschritt und Not Für Freiheit, für Arbeit und Brot!

Ihr Männer der Werkstatt, ihr Schreiber vom Amt, Und ihr, die man euch zum Nichtstun verdammt; Ihr Frauen, ihr Mädchen: nun tut eure Pflicht! Nun tretet beisammen! — Nun haltet Gericht! Nun fällt euren Spruch gegen Rückschritt und Not Für Freiheit, für Arbeit und Brot!

Eduard Georg Faeßling.

Das d. Verbandsleben

Karlsruhe. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 17. Oktober wurde Stellung zur Ausführung der Malerarbeiten in der Stadtrandiedlung genommen. Kollege Viebrücher hielt hierzu das einleitende Referat. Er gestellte die Art und Weise, wie hier versucht wird, den Beschluß des Bürgerausschusses zu umgehen. Nach dem Beschluß dürfen sämtliche Facharbeiten nur von Facharbeitern ausgeführt werden. Da sich bei den Siedlern nur ein Maler befindet, würden die Malerarbeiten vorwiegend von Nicht-Facharbeitern und Lehrlingen ausgeführt. Besonders scharfe Worte fand er gegen die Malermeister Bickel, Catoir, Fajler und Liebler, die aus ihren Lehrlingen eine Ware machen und sie an die Bauleitung verleihen. Es sei geradezu ein Skandal und eine Verhöhnung des gesamten Malergewerbes, wenn mit Lehrlingen ein solcher Mißbrauch und derartige Schmutzkonkurrenz getrieben wird. In der darauffolgenden Aussprache kam ebenfalls die Entrüstung gegen die Bauleitung sowie gegen die genannten Malermeister zum Ausdruck. Folgende Entscheidung wurde einstimmig gefaßt:

Die am 17. Oktober versammelten Gehilfen des Malergewerbes erheben hiermit schärfsten „Protest“ gegen die Art der Ausführung der Malerarbeiten in der Stadtrandiedlung, insbesondere deswegen, weil die Bauleitung sich nicht an den Beschluß des Bürgerausschusses hält, sondern versucht, die Malerarbeiten vorwiegend durch Berufsunkundige und Lehrlinge ausführen zu lassen. Besonders sind die Versammelten darüber empört, daß die Bauleitung sich an verschiedene Malermeister gewandt hat, um nur Lehrlinge für die fraglichen Arbeiten zu erhalten, was auch geschehen ist, welches ebenfalls gegen den Beschluß des Bürgerausschusses verstößt. Die Versammelten erwarten von den Behörden, daß die Malerarbeiten im Sinne des Beschlusses des Bürgerausschusses ausgeführt werden. Die Versammelten erwarten auch von der Handwerkskammer, daß sie pflichtgemäß gegen diejenigen Malermeister vorgeht, die ihre Lehrlinge auf diese Weise verleihen, da dieses nicht im Sinne des Lehrvertrages gelegen sein kann.

Baugewerbliches

Arbeitsbeschaffung in der Bauwirtschaft. Dipl.-Ing. Dr. Rehr, Hannover, beschäftigt sich in einem Artikel der durch die Tagespresse geht mit der Frage, welche Bauarbeiten sich vor allem als Notstandsarbeiten eignen. Er vertritt darin die Meinung, daß der Bau von Schiffahrtskanälen keine dauernde Entlastung des Arbeitsmarktes bringt und als unwirtschaftlich für eine vernünftige Arbeitsbeschaffung abzulehnen ist. Zu dem gleichen Ergebnis kommt er in bezug auf den Bau von neuen Straßen. Hier sollten, so meint er, im wesentlichen nur Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten in Frage kommen, die aber für eine großartige Arbeitsbeschaffung nicht wesentlich ins Gewicht fallen. Der Bau von Kleinstwohnungen hat den Nachteil erheblicher Materialkosten, auch tragen die für den Kauf des Materials ausgegebenen Gelder nicht direkt zur Verminderung der Erwerbslosigkeit bei. Da durch die Materialbeschaffung aber anderen Industrien (zum Beispiel der Industrie der Steine und Erde, der Holzindustrie usw.) Arbeit gegeben wird, sollte der Bau von Kleinstwohnungen wegen seiner sachlichen Bedeutung in einem vernünftigen Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht fehlen.

Gut geeignet zur Arbeitsbeschaffung sind nach Dr. Rehr Meliorationsarbeiten und der Bau landwirtschaftlicher Siedlungen. Für die beste Möglichkeit Arbeit zu beschaffen, hält er den Bau von Wasserwerken und Kanalisationen, weil eine solche Arbeitsbeschaffung, neben den hygienischen und wirtschaftlichen Vorteilen, vielen Erwerbslosen Arbeit gibt, eine sofortige Rentabilität gestattet und auch noch nach dem eigentlichen Bau der Werke zusätzliche Arbeitsgelegenheiten schafft läßt. Nach statistischen Erhebungen des Verfassers gibt es in Deutschland zur Zeit immer noch 3000 Klein- und Landstädte, die überhaupt keine Kanalisation haben, so daß eine großartige Arbeitsbeschaffung durch den Bau von Wasserwerken und Kanalisationen auf Jahre hinaus möglich ist. Untersucht man die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Bauwirtschaft unter dem Gesichtswinkel der sofortigen Rentabilität, kommt man sicher zu den gleichen Ergebnissen wie Dr. Rehr. Wenn aber die Krise über-

wurden ist und Handel und Wandel ihren normalen Gang nehmen, sieht die Angelegenheit doch wohl etwas anders aus. Für die eigentlichen Facharbeiter im Bau-gewerbe bringt das Arbeitsbeschaffungsprogramm Dr. Rehrs leider nur eine geringe Entlastung ihrer Lage, denn die Hauptarbeit würde den ungelerten Arbeitern zufallen.

Genossenschaftliches

Verleumdungen der Volksfürsorge. In vielen Gegenden Deutschlands werden unter dem Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Situation systematisch immer wieder von Agenten der Konkurrenz, von Versicherungszeitungsinteressenten und Angehörigen rechtsradikaler Parteien, offensichtliche Unwahrheiten über die Volksfürsorge verbreitet. Im Westfälischen hatte man zur Verunglimpfung des gewerkschaftlichen Versicherungsunternehmens sogar eine Broschüre mit dem anziehenden Titel „Volksfürsorge ist Volksbetrug“ herausgegeben, in der der Verfasser allerdings vergessen hat, beweiskräftige Gründe für die unerhörte Behauptung aufzuführen, weil solche Gründe trotz besten Willens nicht aufzutreiben sind. Welche moralischen Werte diese Art „Freunde“ der Volksfürsorge besitzen, erkennt man aus einem Erpressungsversuch, den der Verfasser der fraglichen Broschüre vor dem Er-scheinungsberechtigten über das Manuskript der Broschüre vor ihrer Drucklegung an, wenn sie sich zur Zahlung von 300 000 M bereit erklärte.

Das Gericht hat inzwischen auf Antrag der Volksfürsorge ein Urteil gefällt, wodurch die Verbreitung der Broschüre verboten wird, und durch Anzeige des Erpressungsversuchs ist dafür gesorgt, daß der anspruchsvolle Vertreter des „erwachenden Deutschlands“ hinter Schloß und Riegel fällt.

In zwei weiteren Fällen, in denen nationalsozialistische Redner in Versammlungen und Konkurrenzveranstaltungen die Verbreitung der Volksfürsorge aufstellten, „die Volksfürsorge sei pleite“ bzw. „sei zahlungsunfähig“, sind ebenfalls Gerichtsbeschlüsse ergangen, wonach die Aufstellung derartiger Behauptungen verboten ist, weil sie jeder Grundlage entbehren.

Die werktätige Bevölkerung und die Versicherten der Volksfürsorge sollten sich nicht beeinflussen lassen und ihre Versicherungen im eigenen Interesse aufrechterhalten. Beim Auftauchen so skrupellos arbeitender Verleumder ist es ratsam, die zuständige Rechnungsstelle oder die Vertrauensleute der Volksfürsorge zu benachrichtigen, um den Leuten das Schandmaul zu stopfen.

Sozialpolitisches

Die Sechs-Stunden-Schicht hat sich bewährt. In einem Bericht der F a b r i c a T i v e & R u b e r C o. an das amerikanische Regierungsamt für Arbeitsstatistik wird mitgeteilt, daß die vor einiger Zeit in einer bestimmten Abteilung eingeführte Sechs-Stunden-Schicht sich voll auf bewährt habe. Die Produktion sei verbessert, in finanzieller Hinsicht seien Ersparnisse erzielt worden. Man habe beschlossen, den Sechsstundentag auch auf die andern Abteilungen des Unternehmens auszu-dehnen. In dem Bericht heißt es zum Schluß: „Wir haben es unterlassen, auf die soziologischen Vorteile verkürzter Arbeitszeit und der Einstellung von neuen Arbeitskräften einzugehen. Dies ist in andern Artikeln getan worden. Unsere Erfahrungen bestätigen alle diese Vorteile. Alles in allem kann gesagt werden, daß die neue Arbeitsmethode wirtschaftlich durchaus gesund und tragbar ist.“

Die gewaltigen Einkommensunterschiede im Kapitalismus. Die soeben vom Deutschen Statistischen Reichsamt veröffentlichte Einkommensteuerstatistik zeigt die krasse und ungeheuerlichen Einkommensunterschiede, die der Kapitalismus zeitigt und die nicht ungleichem Fleiß und ungleichen Begabungen, sondern in erster Linie dem kapitalistischen Ausbeutungseigentum entspringen. Zwar liegen der Aufstellung die Zahlen für 1929 zugrunde, doch dürften sich inzwischen aller Wahrscheinlichkeit nach die Verhältnisse eher verschärft als gemildert haben. Rund eine Million Einkommensteuerpflichtige der Steuerstufe bis zu 1500 M — nicht eingerechnet sind die Millionen, die die steuerpflichtige Einkommensgrenze nicht erreichen — hatten ein Einkommen von einer Milliarde, während 4500 Menschen der höchsten Steuerstufe über 100 000 M jährliches Einkommen allein ebenfalls ein Einkommen von rund einer Milliarde erreichten. Diese Unterschiede werden noch deutlicher, wenn wir mehrere Einkommensstufen zusammenfassen und gegenüberstellen. So waren von den beiden niedrigsten Steuerstufen, die die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 M umfassen, zwei Millionen Menschen notwendig, um ein Einkommen von 3,3 Milliarden zu erzielen, während bei den drei höchsten Einkommensgruppen über 25 000 M Jahreseinkommen schon 56 000 Menschen ausreichten, um ein gleiches Einkommen von mehr als drei Milliarden Mark zu erreichen.

Gewerkschaftliche Jugendwerbung!

Trotz Krise und Wahlkampf nicht die Gewerkschaftsjugend. Die Strohstrick der Gewerkschaften muß verstärkt werden. Neue Kämpfer sind unter dem Jungvolk zu gewinnen. Hierbei hat jeder Gewerkschaftscollegen zu helfen. Seine Pflicht ist, die ihm bekannten jungen Arbeitskollegen ihrer Gewerkschaft zuzuführen. Jeder sei Werber. Hilf auch du! Überall muß es selbstverständlich sein, daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind.

Wirtschaftspolitik

Preisbewegung und Konjunktur.

Als ein Zeichen des Umschwungs in der weltwirtschaftlichen Lage wurde das Steigen der Rohstoffpreise angesehen. Ein Ueberblick der Entwicklung der letzten Monate zeigt aber, daß die Veränderung der Rohstoffpreise nur sehr gering ist. Eine Marktberuhigung ist jedenfalls nicht eingetreten. Noch immer sind riesige Vorräte in allen Teilen der Welt vorhanden. Den Stand im Januar 1932 = 100 %, betragen die Rohstoffvorräte im Juli 1932 bei Baumwolle 105, Seide 142, Zinn 194, Zink 326, Kautschuk 217, Raffee 179 und Zucker 157. Nur Weizen und Tee zeigen eine Vorratsverminderung. Der Saldo der Preissteigerung auf den Rohstoffmärkten führt zu der Erkenntnis, daß der Produktion keine wesentlichen Anregungen durch die Veränderungen erfährt. Ueberblickt man die Preisentwicklung für Rohstoffe in den einzelnen Ländern, so ist ein Stillstand bzw. ein Anziehen der Preise nur in den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien zu verzeichnen. In den übrigen Ländern sind die Deflationstendenzen noch auf breiter Front wirksam.

So wird die Wirtschaft angefurbelt.

Rund eine Million Kraftfahrzeuge müssen jährlich 518 Millionen Staatslasten aufbringen. Diese ungeheure Belastung hat zu einer starken Schädigung der Autoindustrie und all den Zweigen geführt, die mit dem Kraftfahrzeuggewerbe zusammenhängen. In den letzten zwei Jahren ist die Belastung der Kraftfahrzeuge in kurzen Abständen nicht weniger als fünfmal erhöht worden. Im vergangenen Winter wurden 250 000 Kraftwagen stillgelegt. Ein Vermögen von 500 Millionen lag vollständig brach. Man schätzt die stillgelegten Kraftfahrzeuge im kommenden Winter auf 400 000. Im deutschen Kraftfahrzeuggewerbe werden etwa 500 000 Menschen beschäftigt. Daß die Arbeitslosigkeit durch eine derartige Belastung außerordentlich erhöht wird, dürfte jedem erklärlich sein. Auch die Lachierer und Industriemaler leiden schwer unter der Arbeitslosigkeit, die außer der hier aufgezeigten Ursache natürlich noch viele andere Gründe hat.

Steigende Einfuhrpreise, sinkender Ausfuhrüberschuß.

Im Monat September ist der deutsche Außenhandel wert- und mengenmäßig gestiegen. Die Einfuhr stieg um 29 und 360 Millionen Mark. Die eingeführten Rohstoffe erfuhren eine Preiserhöhung um 3 %. Die Ausfuhr stieg um 16 auf 444 Millionen Mark. Die Preise der Ausfuhrwaren stellten sich niedriger als im Vormonat. Es ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß in Höhe von 84 Millionen Mark.

Arbeitslosigkeit

Goebbels Symmetrieahnung.

Vor dem Berliner Arbeitsgericht fand dieser Tage ein Prozeß zwischen einer Villenbesitzerin aus Caputh und ihrem Portier wegen Lohnforderungen statt, aus dem eine Episode Erwähnung verdient. Zum Beweis der Tatsache, daß die Villa im Sommer gut vermietet gewesen sei, wurde folgende Quittung vorgelegt:

„1100 M Miete für den Sommer 1932 von Frau Dr. Goebbels erhalten zu haben, bescheinigt Frau E. Hartert.“

Caputh, den 21. Mai 1932.“
In seinem „Angriff“ beschimpft Goebbels jeden politischen Gegner als „perfekteten Bonzen“, während die Lebensweise der Nazisführer als ein wahres Spartanerium hingestellt wird. Dazu paßt die Rechnung der Frau Goebbels ausgezeichnet. Sie entlarvt ein verlogenes Demagogentum.

Wie die „Einheitsfront“ und der Kampf gegen den Faschismus aussehen soll.

Aus den Beschlüssen des 12. Plenums des EKKi: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Sau...“ füge der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerbrechen.“

Das spricht für sich und braucht keinen Kommentar. Interessant ist darunter das erste Wort dieses Satzes, das „Nur“. Anders wollen die Kommunisten also die Bourgeoisie nicht „schlagen“.

Sermine der Leipziger Frühjahrsmesse 1933.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1933 beginnt Sonntag, 5. März. Schluß der Vertilmesse ist Mittwoch, 8., der Sportartikelmesse und ebenfalls der Möbelmesse am Donnerstag, 9., der übrigen Zweige der Messen am Freitag, 11. März, mittags, während die Große Technische Messe und Baumesse auf dem Ausstellungsgelände bis Sonntag, 12. März, abends, geöffnet bleibt.

Die „Fackel des Krieges“ gegen Betrüger und Kriegsgeiß.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsoffer und Kriegsteilnehmer (nach der französischen Bezeichnung kurz „Ciamac“ genannt) umfaßt 30 Landesverbände aus 12 verschiedenen Nationen und gibt damit der Welt das Beispiel eines wahren Völkerverbundes, der auf Banden des Vertrauens, der Freundschaft und der Hoffnung gegründet ist. Die in dieser einzigartigen Internationale derjenigen, die sich während des Krieges auf höheren Befehl töten und verletzen mußten, verzerrten Kriegsoffer betrachten sich als

Am 6. November wird gekürzt
Wer dem Volk die Löhne gekürzt!

die berufenen Söldner nicht nur der materiellen Rechte der Kriegsoffer, sondern auch des allgemeinen Menschenrechts und des Weltfriedens.

Auf dem letzten Kongreß der „Ciamac“, der kürzlich in Wien stattfand, wurde auch zur gegenwärtigen gespannten außenpolitischen Lage und dem Problem der Abrüstung Stellung genommen. Zwei wichtige Entschlüsse wurden dazu fassen Annahme.

Die deutsche Literatur im Ausland.

Nach Mitteilungen des „Börsenblattes“ für den deutschen Buchhandel ist jetzt die Statistik der Uebersetzungen deutscher Bücher im Ausland für das Jahr 1930 fertiggestellt worden. Das aus 27 Ländern mit 29 Sprachgruppen vorliegende Material weist 2479 Werke auf, die aus dem Deutschen in fremde Sprachen übertragen wurden. Verglichen mit dem Jahre 1929 liegt eine Steigerung um 336 Werke vor. An der Spitze der Länder steht Rußland mit 418 Uebersetzungen. Diese große Zahl erklärt sich nicht nur aus der Vorliebe Rußlands für deutsche Bücher, sondern auch aus der Tatsache, daß immer noch, trotz aller deutschen Bemühungen, keine Regelung des Urheberrechtsgesetzes mit der Sowjetunion getroffen worden ist und daß somit der uneingeschränkten Ausbeutung des deutschen Schrifttums durch Rußland Tür und Tor geöffnet bleiben.

An zweiter Stelle steht Großbritannien mit 261 Werken. Es folgen die Vereinigten Staaten mit 228, und mit 166 Erscheinungen Japan, das eine sehr überlegte und planmäßige Auswahl getroffen hat. Eine starke Zunahme der Uebersetzungstätigkeit ist in den romanischen Ländern zu verzeichnen, so daß Frankreich und Italien an vierte und fünfte Stelle rücken, während sie früher hinter dem slavischen Sprachkreis rangierten. Die Aufnahmefähigkeit der nordischen Länder ging zurück, und das gleiche gilt von der Tschechoslowakei, während Ungarn und Jugoslawien einen beträchtlichen Aufschwung verzeichnen.

Die Reihenfolge der einzelnen Disziplinen in der Systematik der Wissensgebiete zeigt wie immer an erster Stelle die Belletristik mit 1068 Werken. Es folgen technische, naturwissenschaftliche und medizinische Werke und in weiterem Abstand historische, besonders biographische Darstellungen.

Sozialversicherung

Arbeitslosenunterstützung für einen rückwärts liegenden Zeitraum.

Ein Arbeiter war am 30. November arbeitslos geworden, hatte sich am 2. Dezember als arbeitslos gemeldet, aber vorläufig keinen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt, da er zuversichtlich hoffte, in Kürze wieder in eine Stellung zu gelangen. Tatsächlich gelang es ihm auch; am 2. Januar Beschäftigung zu erhalten, doch nun forderte er am 5. Januar Arbeitslosenunterstützung für den verfloßenen Monat Dezember. — Das Arbeitsamt hatte den Antrag mit der Begründung abgelehnt, für eine rückwärts gelegene Zeit könne keine Arbeitslosenunterstützung gefordert werden, zumal der Antragsteller bei Stellung seines Antrages nicht mehr arbeitslos gewesen sei.

Das Reichsverwaltungsamt hat jedoch den Antrag für begründet erklärt. Zwar enthält das Gesetz über die zu entscheidende Rechtsfrage keine ausdrücklichen Vorschriften, so heißt es in den Gründen, so daß die Frage nach allgemeinen Grundsätzen unter Berücksichtigung der besonderen für die Arbeitslosenversicherung maßgebenden Verhältnisse und Bedürfnisse beantwortet werden muß. Danach kann der Leistungsanspruch grundsätzlich jederzeit gestellt werden, aber es ist zu bedenken, daß die Arbeitslosenversicherung in erster Linie bezweckt, die Arbeitslosigkeit zu verhüten oder zu beenden. Erst in zweiter Linie steht die Arbeitslosenunterstützung als Versicherungsleistung. Diese hat nicht die Natur einer Rente, das heißt einer Entschädigung für einen dauernden Zustand, sie soll vielmehr eine Entschädigung für den Verdienstausfall sein und den Arbeitslosen in den Stand setzen, die Zeit der Arbeitslosigkeit zu überbrücken. Die Arbeitslosenversicherung dient sonach in besonderem Maße der Befriedigung laufender Bedürfnisse. Dem Sinn des Gesetzes entspricht es also, daß die Unterstützung dann nicht mehr in Anspruch genommen werden kann, wenn der Arbeitslose es eine gewisse Zeit hindurch unterläßt, seinen an sich ihm zustehenden Unterstützungsanspruch geltend zu machen. Legt man die Erwägungen zugrunde, die für die Einführung der Ausschlussfrist des § 116 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes maßgebend waren, so ergibt sich als zeitlicher Rahmen, für den die Unterstützung für eine rückliegende Zeit zulässig ist, die Zeit von drei Monaten, gerechnet vom Tage der Stellung des Unterstützungsantrages.

Danach rechtfertigte sich der Anspruch des Klägers. (RVA, 27. Mai 1932. — III a, Art. 96, 31.)

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannaes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteiltes Patent.

Nr. 75 c 563 592. Haltevorrichtung für Schablonen. Marcel Malbecq, Houdeng-Goegnies, Belgien.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c 1 234 791. Vorrichtung zum Prüfen des Farbtons von flüssig aufgetragener Farben nach dem Trocknen derselben. Hans Marr, Erlangen-Brud.

Nr. 81 c. 1 235 102. Ranister für Lack, Öl, Benzin oder dergleichen. Union-Blechwarenwerke AG, Braunschweig, Hamburger Straße 37/40.

Angemeldete Patente.

Nr. 75 c. C. 45 244. Farbtafel. Chemische Fabrik Halle-Immendorf, Gebr. Hartmann, Immendorf bei Halle a. d. S.

Nr. 22 h. G. 81 024. Verfahren zur Herstellung von echt gefärbten Läden und plastischen Massen. Gesellschaft für Chemische Industrie in Basel, Basel.

Literarisches

Der vergiftete Spiegel. Mit seinem neuen Buch „Der vergiftete Spiegel“, deutsch von George S. Stoepker, das lebt in vorbildlicher Ausstattung bei der Wüchergilde Gutenberg, Berlin, erschienen ist, in Keinen 270 M. tritt der tschechische Dichter Ivan Olbracht in die erste Reihe der Schriftsteller von internationaler Bedeutung. Sein neues Buch ist in jeder Beziehung ein Meisterwerk. Obwohl nichts Aufregendes geschieht — Olbracht erzählt von einer kurzen Gefängnishaft, die er abgerissen hat —, ist das Buch unheimlich fesselnd und von badernder Gewalt. Er arbeitet nicht mit Schwarzweiß-Kontrasten, er berichtet mit prachtvollem Galgenhumor aus von den gemühtlichen Seiten des Erlebnisses, und er läßt an, denen er begegnet, Gerechtigkeit widerfahren. Manchmal möchte es scheinen, als ob das ein recht gemühtliches Gefängnis gewesen sei, in dem er das erlebt hat, was er in diesem Buch so lebendig erzählt. Aber diese ruhige Gelassenheit in seiner Darstellung ist weniger einer menschenfreundlichen Gefängnisverwaltung zu danken als dem Charakter des Dichters und seiner großen inneren Ueberlegenheit. Er versteht es, seine Auserwählten und Mitgefängenen sich zu Freunden zu machen und sie merken zu lassen, welche Kraft eine Weltanschauung geben kann, die in dem Satz gipfelt: „Das Leben wäre gar nicht lebenswert, wenn wir nur das wollten, was in unsern Kräfte liegt.“ Olbracht ist Künstler genug, um zu wissen, daß man das Wort Klassenkampf und das Wort Politik nicht in den Mund zu nehmen braucht, und daß man doch als Klassenkämpfer vor der ganzen Welt bestehen kann.

Sozialdemokratischer Arbeitskalender für das Jahr 1933. Unter den vielen Kalendern, denen dieser Kalender unentbehrlich geworden ist, sind sicher viele, die ihn nicht einfach an die Wand hängen, um Tag für Tag ein Blättchen abzunehmen — nein, sie legen auch wohl unter der Lampe, blättern in ihm, der ja ein dickes Buch ist und schöpferische Kraft und Hoffnung daraus. Denn hier vereinen sich zahlreiche Stimmen, um in Poesie und Prosa die alten Ideale der Freiheit und des sozialistischen Klassenkampfes zu würdigen und in scharfsichtigen Sentenzen ewige Wahrheiten zu künden. Wer aber Zahlen liebt, der findet sie ebenfalls hier in der Form von Statistiken aus den verschiedensten Gebieten. Ferner: alle Gewerkschaften und Organisationen, die irgendwie mit der Arbeiterbewegung zusammenhängen, annähernd 100, geben hier in klaren Uebersichten kurze Nachrichten von sich. Selbstverständlich fehlen auch die historischen Daten nicht. Jedes Blatt trägt ein Bild, das sie veranschaulicht oder sonst eine interessante Note hat. Der Kalender ist in Kupferdruck hergestellt, und mit seiner künstlerischen farbtönen Rückwand bildet er ein Schmuckstück für Stube und Büro. Die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Berlin SW 68) hat den Preis auf 1,75 Mark festgelegt. Bestellt, ehe es zu spät ist.

Das Oktoberheft, mit dem die „Urania“ ihren neuen, schon den 9. Jahrgang eröffnet, bringt eine sachkundige Darstellung zur Aufklärung über manche verwickelten und oft zunächst verwirrenden Dinge. Der Jenaer Biologe Prof. Dr. J. Gadow behandelt die Vorstufe der menschlichen Urbeute in der Affengattung. Wie man mit den aller einfachsten Mitteln ohne Kosten mikroskopische Studien durch Selbstanfertigung der Apparate treiben kann, zeigt der Direktor des Naturhistorischen Museums in Braunschweig, Dr. Georg von Frankeberg. Besonders schön illustriert ist der Aufsatz über „Grenzländ als der Wiege der Eisberge“. Des weiteren bringt das Heft aus den verschiedensten Gebieten der Natur- und Gesellschaftswissenschaft kurze Berichte. Prof. Dr. Hartwig legt sich schließlich mit den Aufgaben des Sozialen Wanderns auseinander. Ein Abonnement ist jedem zu empfehlen. Der Urania-Freireiserverlag in Jena liefert Interessenten gern und kostenlos Probehefte.

Vom „Großen Brockhaus“. Wie wir erfahren, wird der 13. Band des größten vollständigen deutschen Nachschlagewerks planmäßig Mitte November erscheinen. Gleichzeitig weisen wir auf die vor kurzem im Verlag v. W. Brockhaus erschienene vorzüglich ausgestattete Schrift „Die Weltliteratur“ hin, die praktische Hinweise zur Erschließung des Großen Brockhaus für Leben und Wissen, Arbeit und Unterhaltung“ bringt. Sie enthält Originalauszüge bekannter Schriftsteller und ist mit reichem Bildschmuck versehen. Sie wird in jeder gut geleiteten Buchhandlung an Interessenten kostenlos abgegeben.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Sozialökonomische Rundschau“. Herausgegeben von Karl Aving, Jena, Oktoberheft 1932. Verlag Karl Aving, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 Mark.

Vom 23. Okt. bis 29. Okt. ist die 43. Beitragswoche.
Vom 30. Okt. bis 5. Nov. ist die 44. Beitragswoche.

Sterbetafel

Frankfurt am Main, Zahlstelle Hochstadt. Am 27. September verstarb nach längerem Leiden im Alter von 56 Jahren unser treuer Kollege und langjähriger Vertrauensmann Philipp Ohl, Invalide. — Infolge eines Schlaganfalles verstarb am 15. Oktober unser lieber Kollege, der Lachierer Karl S a n u n g im Alter von kaum 50 Jahren. Mitglied seit 1913.

Hamburg (Bezirk Eimsbüttel). Am 14. Oktober starb unser Kollege, der Invalide Hermann Schneider, im Alter von 60 Jahren. Er gehörte der Organisation seit 1911 an.

Karlsruhe (Zahlstelle Baden-Baden). Pflöglisch und unerwartet verstarb infolge einer Magenoperation am 28. August unser langjähriger Mitglied Kollege Fritz B a a s im Alter von 40 Jahren.

Leipzig. Am 19. Oktober starb unser treuer Kämpfer, der Invalide Heinrich Schaaf, 73 Jahre alt, an einem Schlaganfall. Organisiert seit 1904.

München. Am 14. September starb unser lieber Kollege Josef Tausend und am 16. September unser lieber Kollege Hans Greifenegger.

Wärzburg: Am 4. April 1932 starb unser langjähriger Mitglied Martin Koll im Alter von 68 Jahren infolge Magenoperation. Im Alter von 47 Jahren starb am 4. Juli der Kollege Georg Säger. Nach 25jähriger Mitgliedschaft starb am 12. Juli der Kollege Georg F ä t h im 64. Lebensjahre an Magenkrämpfung. Am 18. Oktober starb der Jungkollege Karl May mit 20 Jahren an Blinddarmentzündung.

Ehrendem Andenken!